

# FreiRaum

Für eine Welt ohne Atomwaffen  
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 3 / September 2004  
3. Jahrgang

## Amis gehen – Atomwaffen bleiben

Am 16. August kündigte Präsident George Bush eine Reduzierung der im Ausland stationierten Streitkräfte an. Die eingesparten Gelder sollen in die Waffenmodernisierung gesteckt werden, um die Interventionsfähigkeit zu erhöhen. Nach dem amtlichen Fahrplan für den Truppenabzug der Streitkräfte, dem Base Realignment and Closure (BRAC), werden die endgültigen Entscheidungen erst 2005 getroffen.

Von den 115.000 GIs in Europa sollen rund 45.000 Mann abgezogen werden; die 76.000 Soldaten in der BRD werden auf die Hälfte reduziert. Dies betrifft insbesondere die Army, weil sie fast 59.000 Mann hierzulande unterhält. Hauptkontingent des Heeres ist das V. Korps in Heidelberg (ca. 42.000 Soldaten) mit der 1. Infanteriedivision in Würzburg und der 1. Panzerdivision in Wiesbaden. Letztere verfügt über 16.500 Soldaten, die mit 159 Kampfpanzern Abrams, 173 Schützenpanzern Bradley, 36 Haubitzen Paladin, 18 Raketenwerfern MLRS und 18 Hubschraubern Apache ausgerüstet sind. Außerdem soll das 52. Kampfgeschwader (F-16) der Air Force in Spangdahlem reduziert und das Europa-Hauptquartier des Marine Corps von Böblingen nach Italien verlegt werden.

Gegenwärtig sind die Truppen in der BRD auf 74 Standorte mit 310 Militär-objekten verteilt. Durch die Abzugspläne könnten 40 Kasernen an 30 Standorten geschlossen werden. Dafür sind im Einzelfall acht Bewertungskriterien ausschlaggebend, u. a. zukünftige Ausbaumöglichkeiten und Umweltschutzaufgaben. Je nachdem, ob man für oder gegen die Schließung einer Kaserne ist, kann durch Erfüllung bzw. Nichterfüllung der Kriterien Einfluss ausgeübt werden. Dies gilt auch für Friedensgruppen!

Russland gilt nicht länger als Feind, und ein Landkrieg ist unwahrscheinlich. Wenn aber die konventionellen Waffen militärisch nicht mehr

benötigt werden, dann sind die rund 400 US-Atomwaffen in Europa erst recht überflüssig. Warum also nicht den BRAC-Prozess stärker vom Heer auf die Luftwaffe ausdehnen und die Atombomben abziehen? Selbst wenn die Streitkräfte eines Tages Nuklearwaffen einsetzen sollten, wären es nicht die B-61-10 in Europa, sondern die B-61-11 Mininukes in den USA.

Zukünftiges Einsatzgebiet ist nicht mehr Osteuropa, sondern Afrika. Zwar hatte EUCOM in den letzten 30 Jahren keine Truppen in Afrika stationiert, aber der Kontinent kommt verstärkt als Öllieferant in Betracht und gewinnt durch den Anti-Terrorkrieg an Bedeutung. Erste US-Militärbasen wurden errichtet: Camp Lemonier in Djibouti und Camp United in Äthiopien. Im Rahmen der Pan Sahara Initiative (PSI) bilden seit Januar 2004 Green Berets aus Stuttgart Einheiten in Mauretanien und Mali in der Guerrillabekämpfung aus.

Das EUCOM in Stuttgart ist eine von fünf Regionalkommandos der US-Streitkräfte welt-



weit. Der militärische Verantwortungsbereich umfasst 93 Länder Europas, große Teile Afrikas und Vorderasiens.  
Gerhard Piper

Mitarbeiter des Berliner Informationszentrums für transatlantische Sicherheit (BITS) und freier Journalist (u.a. taz) ●

### Aus dem Inhalt:

Büchel ist immer eine Reise wert	S. 2
Aufruf zur Befehlsverweigerung verteilt	S. 3
Die Nuklearwaffenkonvention	S. 4
Pazifik Lernen aus dem Leid	S. 5
Kommunale Außenpolitik	S. 6
Mayors for Peace	S. 7
Atomare Renaissance	S. 8
Niedrigstrahlung Radioaktive Risiken	S. 9
Depleted Uranium Über- und Ausblick: Erkenntnisse, Kampagne/n	S. 10/11
Weltraum ESA „Neue Rolle der Sicherheit“	S. 12/13
Workcamp sammelt Bausteine	S. 14
In Ellwangen folgt dem Etat der Eklat	S. 15
Termine	S. 16



Gewaltfreie Aktion  
Atomwaffen Abschaffen



Pressehütte.

Liebe FriedensfreundInnen,

mit dieser Ausgabe wollen wir weitere wichtige Hintergrundinformationen für die kommenden Strategiedebatten geben. In der nächsten Ausgabe werden wir Euch die Ergebnisse der Trägerkreis-Jahrestagung „Atomwaffen Abschaffen - bei uns anfangen“, dem Workshop zu Atomwaffen auf dem ESF in London, dem Jahrestreffen der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen und den Treffen der Gruppen rund um die Militärbasen hier in der BRD zugänglich machen.

Einen großen Dank an alle, die auf unseren Aufruf zur inhaltlichen Kritik am FreiRaum teilgenommen haben. Wir waren sehr erfreut über die sehr positive Resonanz, wodurch deutlich wurde, dass der FreiRaum als wichtiges informelles Werkzeug innerhalb der Friedensbewegung genutzt wird. Vielen ist es sehr wichtig, dass Widersprüche innerhalb der Bewegung benannt werden und diese Meinungen inhaltlich ihren Platz im FreiRaum finden. Wir bekamen auch zwei Leserbriefe, die die nach innen gerichtete Kritik an der Ramsteinvorbereitung und den Artikel zur Diskussion der NGO's beim NPT-Treffen in New York des letzten FreiRaums als „nicht konstruktiv“, empfanden (siehe Leserbrief S. 4). Es ist sicher nicht einfach, in einer Zeit, wo es schon schwierig genug ist, Kraft gegen die wahnsinnigen Atomprojekte aufzubringen, sich auch noch mit den internen inhaltlichen Problemen auseinanderzusetzen. Für das Entstehen einer wirklich gemeinsamen Kraft und damit für unsere Einschätzung für die Strategiedebatte ist dies allerdings unumgänglich. Hier die richtige Balance zu finden ist auch bei uns im Redaktionsteam Teil der Diskussion. Wir versuchen die Themen durch unterschiedliche Autoren abzudecken und Wiederholungen zu vermeiden, da die Seitenanzahl uns Grenzen setzt. Zudem möchten wir mehr Aktive ermutigen, Beiträge z.B. von Aktionen, für den FreiRaum zu schreiben. Keine Angst vor Fehlern und Grammatik, wir lassen die Artikel Korrektur lesen!

Viel Spaß beim Lesen dieser Ausgabe wünschen Euch,

Marion Küpker (mk)  
Roland Blach (rob)  
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh)



Lothar Liebsch, Foto: wsh

Atomwaffenbefürworter unter den deutschen Politikern wohl viel größer, als wir wahrhaben wollen. Hier muss unbedingt Klarheit geschaffen werden. Vor allem unsere Parlamentarier müssen gezwungen werden, ihre Position in dieser existenziellen Frage offen zu legen.“

Nach den Vorträgen machten sich die Teilnehmer auf den 16 km langen Marsch um den Stützpunkt. Unter ihnen war in diesem Jahr auch eine Gruppe Jugendlicher, allesamt Mitglieder eines Internationalen Workcamps, veranstaltet von der Pressehütte Mutlangen

Unterwegs wurde mehrmals Station gemacht.

## Büchel ist immer eine Reise wert

Zum dritten Mal trafen sich in diesem Jahr Atomwaffengegner am ersten Wochenende im September in Büchel zur Umrundung des Fliegerhorstes. Bei strahlendem Sommerwetter waren 50 Aktivisten zum Atomwaffenlager gekommen, während zur gleichen Zeit nicht weit entfernt am Nürburgring mehr als 50.000 Ferrarifans Michael Schumacher zujubelten, obwohl gar kein Rennen gefahren wurde.

Die Veranstaltung begann mit einer ökumenischen Andacht, in der Pfarrer Matthias Engelke das diesjährige Motto vorstellte: Wir suchen Menschen, die mit uns für eine atomwaffenfreie Welt streiten wollen. Deshalb wollen wir uns mit der Laterne in der Hand auf den Weg machen.

Danach beleuchtete Bernd Hahnfeld von IALANA die rechtliche Problematik der Stationierung von Atomwaffen in Deutschland. Er sagte: „Es hat Gründe dass dieser Militär-Standort auf keiner Landkarte verzeichnet ist. Was hier geschieht, scheut das Licht der Öffentlichkeit. Es ist illegales Regierungshandeln – weitaus gefährlicher als jede organisierte Kriminalität. (...) Alle US-amerikanischen Atombomben befinden sich mit Wissen und Wollen der deutschen Regierungen hier. Unverändert gilt, was die Bundesregierung 1993 gegenüber dem Bundestag erklärt hat: Sie befürwortet die Stationierung der Atomwaffen und sie werde sich weder für ihren Abzug noch für den Verzicht auf den Ersteinsatz einsetzen.“

Warum deutsche Politiker so handeln, versuchte Dr. Lothar Liebsch vom Arbeitskreis DARMSTÄDTER SIGNAL zu ergründen: „Offensichtlich versetzt die Verfügungsgewalt über Massenvernichtungswaffen ihre Besitzer in den Glauben, damit über außergewöhnliche existenzielle Machtmittel für zukünftige gewaltsame Auseinandersetzungen auf internationaler Ebene zu verfügen. (...) Obwohl die überwältigende Mehrheit der Deutschen keine Massenvernichtungswaffen in Deutschland haben will, ist es bisher nicht gelungen, unser Land von diesen Relikten des Kalten Krieges endgültig zu befreien. In Wahrheit ist die Zahl der

Dr. Elke Koller stellte die von IPPNW zusammengestellte Bilderausstellung über die Folgen des Atomwaffeneinsatzes von Hiroshima vor. Pfarrer Engelke verlas Antwortschreiben von Politikern, die zur Veranstaltung eingeladen worden waren und allesamt abgesagt hatten. Wolfgang Schlupp-Hauck und die Teilnehmer des Workcamps warben für die Aktion Völkerrecht. Sie sammelten nicht nur Unterschriften, sondern hatten gleich ein Stück Schutzwall mit nach Büchel gebracht.

Am Ende eines langen und anstrengenden aber schönen Demonstrationstages erhielt jeder Teilnehmer eine Urkunde. Darin wurde ihm bescheinigt: „am helllichten Tag eine Lampe getragen zu haben – auf der Suche nach Menschen, die mit uns Wege finden, alle Atomwaffen abzuschaffen.“

All denjenigen, die - aus welchen Gründen auch immer - in diesem Jahr nicht nach Büchel gekommen sind, sei gesagt: Anfang September 2005 werden wir uns vor dem Tor des Fliegerhorstes wieder treffen und die nächste Umrundung in Angriff nehmen. Wir werden wiederkommen und immer wiederkommen, bis die Atombomben in vorhersehbarer Zukunft abgezogen werden.

**Oberstleutnant a.D. Dr. Lothar Liebsch**

Arbeitskreis DARMSTÄDTER SIGNAL

Diskussion durch den Zaun, Foto: Bundeswehrofotograf



# Aufruf zur Befehlsverweigerung in Büchel

## Bundeswehr schließt Tor und unterrichtet Polizei

Am 8. Juni 2004 haben die Friedensaktivisten Hanna Jaskolski (Erfstadt), Martin Otto (Wetzlar), Wolf-Dieter Wiebach (Berlin), Dr. Wolfgang Sternstein (Stuttgart) und Hermann Theisen (Heidelberg) am Fliegerhorst im rheinland-pfälzischen Büchel an die dort stationierten Bundeswehrsoldaten einen Aufruf zur Befehlsverweigerung verteilt. Dieser war folgendermaßen überschrieben: „Aufruf an alle Bundeswehrsoldaten des Jagbombergeschwaders 33 (Büchel): . Unterschrieben wurde der Aufruf von bisher 38 Personen als Erstunterzeichner bzw. Unterstützer, die ein breites Spektrum der bundesdeutschen Friedensbewegung abdecken.

Ziel des Aufrufs war, an die in Büchel stationierten Bundeswehrsoldaten zu appellieren, von ihrer Beteiligung an der völkerrechts- und grundgesetzwidrigen nuklearen Teilhabe abzulassen, um damit ihrer rechtsstaatlichen Verantwortung Rechnung zu tragen. Mit der Bereithaltung von Kampfflugzeugen, um mit diesen im sogenannten Ernstfall US-amerikanische Atombomben einzusetzen, verstößt die Bundeswehr gegen das Völkerrecht, unsere Verfassung sowie den Nichtverbreitungsvertrag.

Die Bundeswehr nahm die Verteilung der Aufrufe zum Anlass, unmittelbar darauf folgend das Haupttor für sämtliche Fahrzeuge zu sperren und den Militär- und Zivilverkehr auf ein anderes Tor umzuleiten. Diese rigide Maßnahme, die insbesondere von Zivilisten, die einfahren wollten, auf Unverständnis stieß, hatte möglicherweise auch damit zu tun, dass an diesem Tag die Sicherheitsstufe Alpha galt. Einzelne Soldaten, die in ihren Fahrzeugen angesprochen wurden, ließen sich auf ein Gespräch über die Hintergründe unserer Aktion ein. Jene Soldaten, die ihren Dienst am Haupttor verrichteten, nahmen zwar den Aufruf an, verweigerten aber zugleich jegliches Gespräch darüber.

### Beschlagnahmt: Gefahr in Verzug

Nach etwa einer halben Stunde erschien ein Kriminalbeamter der Polizeidirektion Cochem, die von der Bundeswehr über die Aktion unterrichtet worden war. Er bat um Überlassung eines Aufrufs und teilte mit, dass er das weitere Vorgehen nun auf seiner Dienststelle besprechen wolle. Nach etwa einer weiteren Stunde erschien ein Zivilfahrzeug mit zwei Kriminalbeamten, die zunächst das Geschehen vor dem Haupttor aus der Distanz beobachteten, um kurz darauf mitzuteilen, dass

die Aufrufe beschlagnahmt werden müssten. Diese sei von dem zuständigen Oberstaatsanwalt Schmengler (Staatsanwaltschaft Koblenz) angeordnet worden, da er den Tatbestand der Öffentlichen Aufforderung zu Straftaten (§ 111 StGB) als erfüllt betrachte. Der Aufruf sei ihm per Fax übermittelt worden und daraufhin sei die unmittelbare Beschlagnahme angeordnet worden, da Gefahr in Verzug bestehe. Die Beschlagnahme wurde wenig später vom Amtsgericht Cochem bestätigt (Verdacht: Öffentliche Aufforderung zu Straftaten nach dem Strafgesetzbuch in Verbindung mit der Aufforderung zur Gehorsamsverweigerung, Ungehorsam, Meuterei, Verabredung zur Unbotmäßigkeit, Eigenmächtiger Abwesenheit und Fahnenflucht nach dem Wehrstrafgesetz). Hiergegen wurde das Rechtsmittel der Beschwerde eingelegt.

Anfang August wurden Strafverfahren gegen die Friedensaktivisten eingeleitet. Am 23. November müssen sie sich ab 14 Uhr vor dem Amtsgericht Cochem verantworten.

Weitere Informationen:

Hermann Theisen,  
Moltkestraße 35,  
69120 Heidelberg,  
Hermann.Theisen@t-online.de.

**Hermann Theisen ●**



## Aufrufe in Büchel verteilt

Aktion der Friedensbewegung – Polizei beschlagnahmt die Flugblätter

BÜCHEL Fünf Mitglieder der Friedensbewegung haben vor dem Haupttor des Fliegerhorstes in Büchel Flugblätter an Soldaten und Zivilbeschäftigte verteilt, mit denen sie zur Befehlsverweigerung aufgerufen haben. Mit dieser Aktion wollte die Friedensbewegung auf die ihrer Auffassung nach völkerrechtswidrige Lagerung von Atomwaffen in Bü-

chel sowie die damit verbundene nukleare Teilhabe der Bundesrepublik hinweisen. Die Flugblätter wurden von der Polizei wegen des Verdachts der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten beschlagnahmt sowie die Personalien der Beteiligten festgestellt.

Bereits im März hatten Vertreter der Friedensbewegung

vor dem Haupttor diese Aufrufe verteilt. Damals hatte die Koblenzer Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Der Aufruf, der in Büchel verteilt wurde, ist unter anderem von dem Journalisten Dr. Franz Alt (Baden-Baden) und dem Ledermacher Konstantin Wecker (München) sowie Dr. Elke Kolleraus Leienkaul unterschrieben. (d)



## Rechtliches

### Was gibt's Neues in den juristischen Auseinandersetzungen wegen Aktionen der GAAA?

Seit meinem Bericht in der FreiRaum-Ausgabe Nr. 2/2004 auf Seite 14 hat sich Folgendes ereignet:

Weil Hermann Theisen am 20.3.04 an Soldaten in Büchel Flugblätter mit einem Aufruf zur Befehlsverweigerung verteilt hat, erhielt er einen Strafbefehl über eine Geldstrafe von 30 Tagessätzen. Er hat dagegen Einspruch eingelegt.

Nachdem derselbe Aufruf am 8.6.04 ein zweites Mal in Büchel verteilt wurde, erhielten die fünf VerteilerInnen Hanna Jaskolski, Wolf-Dieter Wiebach, Wolfgang Sternstein, Hermann Theisen und Martin Otto Anklageschriften. Sie werden also demnächst im Amtsgericht Cochem gegen den Vorwurf, öffentlich zu Straftaten aufgerufen zu haben, argumentieren. Es wird die 24. Verhandlung in einem Amts- oder Landgericht sein, die wegen einer GAAA-Aktion in Büchel stattfindet.

Wegen der „Zivilen Inspektion“ in Büchel am 23.5.03 ist Hermann Theisen für den 14.9.04 ins Landgericht Koblenz geladen, weil er Berufung gegen die Verurteilung zu einer Geldstrafe von 20 Tagessätzen durch das Amtsgericht Cochem eingelegt hat.

Martin Otto will einen Teil seiner Geldstrafe, die er wegen derselben Aktion erhalten hat, demnächst als Ersatzfreiheitsstrafe „absitzen“ und sich dann von möglichst vielen AtomwaffengegnerInnen freikaufen lassen, die gleichzeitig einen Offenen Brief an politische Verantwortliche mitunterzeichnen können. Näheres dazu wird in einem Knastinfo zu lesen sein, das erscheinen wird, sobald der Hafttermin fest steht. Wer ein Exemplar haben möchte, bestelle es sich bei Martin (Anschrift unten). Es wird das neunte Mal sein, dass ein/e Aktive/r der GAAA wegen einer Büchel-Aktion ins Gefängnis gesperrt wird.

Bitte schickt weiterhin alle Informationen zu den rechtlichen Folgen unserer gewaltfreien Aktionen an Martin Otto, Magdalenenhäuser Weg 31, 35578 Wetzlar.

**Martin Otto ●**

Kritik ja,  
aber konstruktiv bitte!

Der Artikel „Anti-Atomwaffen Organisationen“ hat mich ratlos zurückgelassen. Viel Kritik, zum Teil berechtigt, wie etwa die Frage „Lohnt es sich überhaupt, für den Nichtverbreitungsvertrag zu kämpfen?“, zum Teil unberechtigt, wie etwa der Vorwurf, auf das Angstthema Terrorismus wurde in den NGO-Runden nicht eingegangen. Das habe ich anders erlebt.

Kritik kann man immer so oder so formulieren. Hier kommt sie vorwurfsvoll und nicht konstruktiv daher: „Es gab zu wenig Platz für Debatten und das lag an den NGOs, die das vorbereitet haben“, anstatt weiterzuführen, etwa „Wir brauchen viel mehr Zeit um inhaltlich miteinander zu reden und unsere Differenzen auszutragen und dafür werden auch wir beim nächsten Mal mit sorgen“.

Auch die inhaltliche Wiedergabe dessen, was auf der offiziellen Konferenz passiert ist, fand ich problematisch.

Ein Beispiel: Im Text steht, dass die UN-Mitgliedstaaten die größte Gefahr im Terrorismus von außen sehen. Das ist m. E. falsch. Fast alle Länder, außer den Atomwaffenstaaten, haben die Atomwaffen der offiziellen Atomwaffenländer als das Hauptproblem benannt. Und nur die Atomwaffenländer haben ständig auf den Terrorismus als Begründung für Ihre Atomrüstung rekurriert. Genau hier lag die große Kluft, die die gesamte Konferenz durchzog und die dazu führte, dass die Konferenz im Chaos endete. Dies übrigens wurde von vielen Ländern, unter anderem der Middle Powers Initiative, als Desaster angesehen und heftig kritisiert. Dazu kein Wort.

Wir müssen eine Debatte führen - da hat die Autorin ja ganz recht. Nur sollte diese Debatte den Leser nicht ratlos zurücklassen, sondern ihn motivieren, am Thema dran zu bleiben. Und hier sind die Autorin und ich scheinbar wirklich anderer Meinung. Ich denke, dass die internationale Kampagne 2020Vision mit den Bürgermeistern und den Schülern gemeinsam mit dem historischen Jahrestag 60. Jahre nach den Atombombenabwürfen eine Chance darstellt, viele Menschen einzubinden. Eine Chance, die den Lesern auch vermittelt werden muss. Das hat hier m. E. eindeutig gefehlt.

**Ute Watermann,**  
Pressesprecherin der IPPNW  
und Mitglied der deutschen NGO-  
Delegation zur PrepCom. ●

# Die Nuklearwaffenkonvention

## Instrument zum Verbot und zur Abrüstung aller Atomwaffen

**Bis zum Jahr 2020 sollen alle Atomwaffen abgerüstet sein. Das ist die Forderung des Netzwerks Abolition 2000 und das Ziel der weltweiten Dringlichkeitskampagne der Mayors for Peace. Der Weg dorthin soll über eine Nuklearwaffenkonvention führen.**

Während 1975 die Biowaffen- und 1994 die Chemiewaffenkonvention abgeschlossen wurden, warten wir bis heute vergeblich auf ein Verbot der Atomwaffen.

Der Atomwaffensperrvertrag verpflichtet zwar zur Abrüstung aller Atomwaffen, aber beinhaltet keinen konkreten Zeitplan. So können die offiziellen Atomwächte sich leichten Herzens zur Abrüstung bekennen, sie aber gleichzeitig in eine unabsehbare Zukunft verschieben. Längst zweifeln viele Nicht-Atomwaffenstaaten an dem Willen der Atomwächte, überhaupt je diesen Schritt zu tun. Sie halten sich daher die Option von eigenen Atomwaffen offen. Der Atomwaffensperrvertrag droht auseinander zu brechen.

Hiroshimas Bürgermeister Akiba fordert deshalb: Die Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrags 2005 soll der Anfang sein von Verhandlungen zu einer Nuklearwaffenkonvention. Könnten die Verhandlungen 2010 abgeschlossen werden, wären noch zehn Jahre Zeit, um durch Abrüstung das Ziel „Atomwaffenfrei bis 2020“ zu erreichen.

### Bereits UNO-Dokument

Die Verhandlungen müssten nicht bei Null anfangen. Naturwissenschaftler, Rechtswälte und Abrüstungsexperten von Nichtregierungsorganisationen erarbeiteten einen Modellentwurf. Dieser wurde auf Antrag von Costa Rica zu einem offiziellen UNO-Dokument. (UN Doc A/C.1/52/7). Obwohl die rot-grüne Bundesregierung die vollständige Abrüstung der Atomwaffen als eine der wichtigsten Aufgaben globaler Friedenssicherung benennt, zeigte sie kein Interesse, das Dokument ins Deutsche übersetzen zu lassen. Das blieb wieder den Nichtregierungsorganisationen überlassen. Von IALANA, INESAP und IPPNW wurde es in „Sicherheit und Überleben“ veröffentlicht.

Die Nuklearwaffenkonvention beinhaltet ein Verbot der Entwicklung, des Testens, der Produktion, der Lagerung, des Transfers, der Nutzung und der Androhung des Einsatzes von Atomwaffen durch Staaten oder nichtstaatliche Akteure wie terroristische Vereinigungen und sieht Verfolgungs- und Strafmechanismen für Verletzungen des Verbotes vor. BürgerInnen, die Verletzungen des Verbotes publik machen, werden in besonderer Weise unter rechtlichen Schutz gestellt.

### Geregelter Abrüstungsprozess

Für die Abrüstung der bestehenden Atomwaffenarsenale einschließlich der Trägersysteme ist ein internationales Überwachungs- und Verifikationssystem mit Inspektionen, Satellitenaufnahmen usw. vorgesehen, um die Sicherheit zu vermitteln, dass alle Staaten mitziehen. Im Anfangsstadium sollen die Atomwächte mit den größten Arsenalen, Russland und die USA, die größten Einschnitte vornehmen. Elemente auf dem Weg zur Abrüstung sind:

- die langsame Reduktion der Waffenvorräte
- das Beenden der Alarmbereitschaft der Atomwaffen,
- die Destationierung der Atomwaffen,
- das Entfernen der Atomsprengeköpfe von ihren Trägersystemen,
- das Unbrauchbarmachen der Sprengköpfe,
- das Übertragen der Kontrolle über spaltbare Materialien auf internationale Instanzen.

### Offene Fragen

Der Abrüstungsprozess setzt ein Umdenken voraus, das die Arbeit an und mit Atomwaffen nachhaltig ächtet. Aber der Umgang mit der Atomenergie, die Lars Pohlheimer, IPPNW, als „siamesischen Zwilling“ der Atomwaffenproduktion bezeichnet, ist auch in der Nuklearwaffenkonvention noch ungeklärt.

Sollten die Staaten sich bei der Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrages im nächsten Mai nicht zu Verhandlungen über eine Konvention durchringen können, plant Bürgermeister Akiba deshalb schon einen „Hiroshima-Prozess“, der ähnlich dem „Ottawa-Prozess“ zur Ächtung von Landminen den Druck von unten bündeln und so den politischen Willen zur Abrüstung wirksam machen soll.

**Julia Kramer**

Mitarbeiterin der Friedenswerkstatt Mutlangen ●

*Bürgermeister Akiba erklärt den Dringlichkeitsplan und die 2020 Vision*



# Pazifik - Lernen aus dem Leid

Lijon Eknilang,  
Foto: Ingrid Schilsky

Zum 50. Jahrestag der Explosion der „Bravo“-Bombe auf den Marshall-Inseln, dem 1. März 1954, führte das Pazifik-Netzwerk in Berlin ein Seminar zu den gesundheitlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen des Einsatzes von Atomwaffen „zu Testzwecken“ durch.

## „Nuclear Survivors“

Seit vielen Jahren erinnern Nichtregierungsorganisationen im Pazifik jeweils am 1. März an die Auswirkungen der über 300 Atomtests im Pazifik. Zunächst als „Bikini Day“ bezeichnet erfolgte dann eine Umbenennung in „Nuclear Victims' Remembrance Day“, um deutlich zu machen, dass es nicht nur um die Opfer von Bikini geht. Lijon Eknilang von den Marshall Islands ist es sehr wichtig, vom „Nuclear Survivors' Remembrance Day“ zu reden: Die Betroffenen wollen sich nicht mehr als „Opfer“ fühlen, sondern als „Überlebende“ ihr weiteres Schicksal in die eigene Hand nehmen. Aus den eindrücklichen Schilderungen der damals achtjährigen Lijon Eknilangs über die Explosion der Wasserstoffbombe „Bravo“ am 1. März 1954, und die anschließende Odyssee der Bewohner von Rongelap und Ailinginae, der Rückkehr nur drei Jahre später auf die immer noch verseuchten Inseln und des anschließenden Ausbruchs bis dahin in ihrer Heimat unbekannter Krankheiten zitierte auch die Presse ausführlich.

Aus der Frankfurter Rundschau vom 28.2.2004:

„Lijon Eknilang ist heute 58 Jahre alt. Eine kleine, schüchterne Frau, der ein Tumor aus der Schilddrüse entfernt wurde und die sieben Fehlgeburten hinter sich hat. Ihr Gehör ist schlecht geworden mit der Zeit, ab und an schwellen ihre Gelenke unnatürlich an, und wenn sie liest, flirren nach wenigen Minuten bereits die Augen. Eine kranke Frau, aber nicht gebrochen. Sie ist Ratsfrau geworden in ihrer Heimat und hat einen Verein von Überlebenden gegründet. Sie war in Washington, mehrfach, und hat dort mit der Regierung verhandelt. Überall auf der Welt hat sie auf Symposien und Kongressen geredet. Jetzt ist sie in Berlin, um zu berichten, wie es ist, ein menschliches Versuchskaninchen zu sein.“

Aus „Kommunikation Global“, Jhg. V/Nr. 51, März 04: „Erst 1957 kehrten sie nach Rongelap zurück, das immer noch verseucht war. Wissenschaftler dagegen versicherten den Insulanern die Rückkehr sei völlig ungefährlich, um die Strahlenopfer weiter beobachten zu können. Dies belegt der US-Bericht ‚A Study of Human Beings Exposed to Radiation‘, den Eknilang erst Jahre später zu Gesicht bekommt. Ihr Name existiert nicht. Nur eine Nummer, sie ist die 53. „Wir waren besser als Ratten, denn wir konnten wenigstens sprechen“, so die bittere Bilanz Eknilangs.“

Aus der Zeitung „Zeit-Fragen“ (Zürich) vom 15.3.04: „Lijon Eknilang(s ...) Großmutter starb in den 60er Jahren an Schilddrüsen- und Magenkrebs. Ihr Vater starb 1954, nachdem ihn der Fallout beim Fischen auf dem Meer überrascht hatte. Ein Vetter starb 1960 an Krebs, ein anderer 1972 an Leukämie, zwei Schwestern wurden 1981 an der Schilddrüse operiert. Sie selbst kann keine Kinder bekommen. (...) Tragischerweise wird Kinderlosigkeit auf den Marshallinseln als Zeichen für die Treulosigkeit der Frau angesehen, deshalb redet niemand gerne über die vielen Fehlgeburten, über schwer missgebildete Kinder, die als „Quallenbabys“, „Kraken“, „Äpfel“ oder „Schildkröten“ bezeichnet werden. Besonders bekannt wurden die

„Quallenbabys“, die mit durchsichtiger Haut und ohne Knochen geboren werden, man kann das Gehirn und das schlagende Herz sehen, sie haben keine Beine, keine Arme, keinen Kopf, bewegen sich einige Zeit und sterben dann.“

An die von Lijon Eknilang beschriebenen Krankheiten knüpfte der Strahlenphysiker Dr. Sebastian Pflugbeil an. Er führte aus, wo sich im Körper welche radioaktiven Stoffe anreichern, etwa Caesium in der Muskelmasse, was v. a. bei Kindern zu einer problematischen Cs-Anreicherung im Herzmuskel führen kann. Auf den Marshall-Inseln mussten sich viele Bewohner einer Schilddrüsenoperation unterziehen und sind seither auf die lebenslange Einnahme von Medikamenten angewiesen. Radioaktives Strontium wird vom Körper behandelt wie Calcium und in den Zähnen und Knochen eingelagert, die davon ausgehende Strahlung schädigt die Immunabwehr und den Blutbildungsmechanismus im Knochenmark, weshalb viele Strahlenopfer an Leukämie sterben. Zur Zeit der oberirdischen Tests wurden große Mengen dieser radioaktiven Substanzen auch in der gesamten nördlichen Hemisphäre gemessen. So wiesen 1963 bundesdeutsche Knochen die höchsten Gehalte an Strontium 90 auf, im selben Jahr sorgte der steile Anstieg der radioaktiven Isotope in US-amerikanischen Kinderzähnen öffentlich für Furore. Solche Messungen trugen letztlich mit dazu bei, dass sich die USA, Großbritannien und die UdSSR im Jahr 1963 auf ein Verbot atmosphärischer Atomwaffentests einigten (Partieller Atomtestsperrvertrag).

## Menschliche Versuchskaninchen

Der Biologe Bernd Franke vom ifeu Heidelberg (Institut für Energie- und Umweltforschung) war mehrere Jahre lang auf den Marshall-Inseln am „Rongelap Resettlement Project“ beteiligt und hat für die Bewohner des ebenfalls radioaktiv verseuchten Utirik-Atolls ein Gutachten erstellt. Aus den vor einigen Jahren freigegebenen offiziellen US-Dokumenten, geht zweifelsfrei hervor, dass die am Testtag des 1. März 1954 vorherrschende Windrichtung frühzeitig bekannt war, die Bewohner von Rongelap, Ailinginae und Utirik mithin absichtlich verseucht und anschließend als willkommene wissenschaftliche Versuchskaninchen betrachtet wurden, die man regelmäßig untersuchte, aber nicht behandelte.

Die – formal unabhängigen - Marshall Islands werden bis zum heutigen Tage von den USA militärisch genutzt: Das Kwajalein-Atoll ist Zielgebiet für die Tests von Interkontinentalraketen, die von Vandenberg/Kalifornien abgeschossen werden, und dient auch als Abschussbasis für Anti-Raketen-Raketen großer Reichweite (zur Entwicklung eines Raketenschutzeschirmes). Die ehemaligen Bewohner der Militärzone hat man auf einem winzigen Inselchen zusammengepfercht, wo sie, wie Lijon Eknilang anschaulich berichtete, seit Jahrzehnten unter unzumutbaren Bedingungen hausen müssen.

### Ingrid Schilsky (Pazifik-Netzwerk e.V.)

Das in Zusammenarbeit mit der Women's International League for Peace and Freedom (Aotearoa) herausgegebene Buch „Lernen aus dem Leid“, in dem neben Lijon Eknilang zehn weitere Frauen von verschiedenen Pazifikinseln die Schicksale ihrer Völker beschreiben, ist für 10,- erhältlich bei der Pazifik-Informationsstelle, Postfach 68, 91564 Neuendettelsau, www.pazifik-infostelle.de



## Pazifik Netzwerk

Proteste gegen die damaligen französischen Atombombenversuche im Pazifik und Beschäftigung mit den schlimmen Auswirkungen der US-Tests auf den Marshall Islands einte die regionalen Gruppen, die sich vor gut 15 Jahren zum bundesweiten Pazifik-Netzwerk e.V. zusammenschlossen.

Auch heute müssen die Bewohner noch immer um die Anerkennung ihrer Strahlenkrankheiten ringen. Außer bei den direkt Betroffenen scheinen die verheerenden Folgen radioaktiver Verseuchung durch Atomtests in Vergessenheit zu geraten. Auch das Pazifik-Netzwerk hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt anderen Themen zugewandt. Bis wir die Bilder von missgebildeten Säuglingen sahen, die uns so fatal an die Missbildungen im Pazifik erinnerten – Fotos aus Gegenden im Südirak, die im Golfkrieg 1991 mit Munition mit „abgereichertem“ Uran bombardiert worden waren.

So führten wir zum 50. Jahrestag der Explosion der „Bravo“-Bombe ein Seminar durch. Mehr als 300 Atombomben wurden „zu Testzwecken“ im Pazifik gezündet, über 2050 waren es weltweit zwischen 1945 und 1998. Am 1. März 1954 hatten die USA auf dem Bikini-Atoll ihre mit Abstand größte Bombe gezündet, eine Wasserstoffbombe mit dem Codenamen „Bravo“, die eine 2 ½ mal so hohe Sprengkraft entwickelte wie vorausberechnet. Der Test geriet damit zur schlimmsten Strahlenkatastrophe der US-Geschichte. Aus einem Explosionskrater von 2 km Durchmesser und 76 m Tiefe riss die Bombe mit der 1000 fachen Kraft der Hiroshima-Bombe Millionen Tonnen von Material in die Luft, welches Stunden später als radioaktiver „Schnee“ auf die Bewohner der Inseln Rongelap, Ailinginae, Rongerik und Bikar nieder regnete.

Ingrid Schilsky ●

## Erklärung deutscher Bürgermeister zur Abschaffung von Atomwaffen

Anfang August wurde der Öffentlichkeit eine neue Erklärung vorgestellt, die vom Trägerkreis Atomwaffen abschaffen in Abstimmung mit den Städten Hannover und Hiroshima erarbeitet wurde.

Die deutschen Bürgermeister unterstützen damit eine Entschließung der US-Konferenz der Bürgermeister vom 28. Juni 2004, die die tausend größten Städte in den Vereinigten Staaten repräsentieren. Verweisen u.a. auf folgende Tatsachen:

1. ...dass so lange wie Atomwaffen existieren, Städten der Welt die sofortige Zerstörung in einer Größenordnung droht, die die Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki aus dem Jahre 1945 weit überschreitet...

5. ...dass alle anderen Massenvernichtungswaffen durch internationale Vereinbarungen verboten worden sind und unter internationaler Kontrolle beseitigt werden, und die Nuklearstaaten sich zur Führung von Verhandlungen über atomare Abrüstung in gutem Glauben verpflichtet haben...

6. ...dass der internationale Gerichtshof 1996 einstimmig erklärt hat, dass alle Staaten verpflichtet sind „in redlicher Absicht Verhandlungen zu führen und zum Abschluss zu bringen, die zu atomarer Abrüstung in allen ihren Aspekten unter strikter und effektiver internationaler Kontrolle führen“...

7. ...dass die Weltkonferenz der Bürgermeister für den Frieden eine internationale Kampagne gestartet hat, die die NVV-Überprüfungskonferenz 2005 auffordert, Verhandlungen über die Eliminierung von Nuklearwaffen aufzunehmen, die bis 2010 abzuschließen und bis 2020 vollauf auszuführen sind...

10. sei beschlossen, dass die US-Konferenz der Bürgermeister solange in dieser Frage engagiert bleibt bis unsere Städte nicht mehr unter der Bedrohung atomarer Vernichtung stehen“

Mit der Erklärung wird die deutsche Regierung aufgefordert, sich auf der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrags im Mai 2005 für die sofortige Aufnahme von Verhandlungen zum Verbot und zur Abschaffung von nuklearen Waffen und Material aktiv einzusetzen, Verhandlungen über den Abzug der US-Atomwaffen von deutschem Boden zu beginnen und die nukleare Teilhabe Deutschlands aufzugeben.

Diese Erklärung kann im Internet unter [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de) eingesehen werden. **rob ●**

# Kommunale Außenpolitik für eine Welt ohne Atomwaffen

„Meine Stadt ist atomwaffenfrei“

„Global denken - lokal handeln“ dieser Grundsatz führte in den 80er Jahren zu zwei Handlungsformen für eine Welt ohne Atomwaffen in vielen Gemeinden und Städten: dem Konzept der atomwaffenfreien Zonen und der Städtepartnerschaft mit Hiroshima, dem Entstehen der Initiative Mayors for Peace. „Mein Haus, unsere Stadt ist atomwaffenfrei“, das war mehr eine direkte Protestbewegung gegen die geplante Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles. Der Beitritt zu Mayors for Peace war eher eine repräsentative Geste in der aktuellen Diskussion, die Schrecken der Atomwaffen nicht zu vergessen. Mit der Gefährdung des Atomwaffensperrvertrages bekommt nun diese Aktionsebene ein neue Relevanz.

## Atomwaffenfreie Zonen von unten

Nach dem Vorbild der britischen Kampagne für atomare Abrüstung (CND) kamen 1981 bereits Kampagnen für atomwaffenfreie Städte in vielen Orten in Gang. Sie knüpften an das Konzept atomwaffenfreier Zonen der 50er Jahre an, die in den Abrüstungsverhandlungen der Atommächte eine gewissen Rolle spielten (Rapacki-Plan) und ergänzten es durch die Idee von Orten, die ihr Gebiet für atomwaffenfrei erklärten. 10% aller niederländischen Gemeinden taten dies. In Deutschland war der Stadtrat von Mörfelden-Walldorf der erste, gefolgt vom Landkreis Groß Gerau. In Nürnberg hat der Rat einen Beschluß von 1958 bekräftigt „keine Maßnahmen zu ergreifen, die der Stationierung von Atomwaffen auf dem Gebiet der Stadt dienen können.“

Kassel wurde per Stadtverordnetenbeschluss zur atomwaffenfreien Zone und richtete eine Koordinierungsstelle für atomwaffenfreie Gemeinden ein, die erst mit der Abwahl des SPD Oberbürgermeisters Hans Eichel 1988 ihre Arbeit einstellen mußte. Eine führende Rolle in der Kampagne für atomwaffenfreie Städte und Gemeinden nahmen Dortmund und Hannover ein.

Während Ende der 50er Jahre viele Städte und Gemeinden Resolutionen gegen die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik gefasst hatten, waren in den 80er Jahren diese Beschlüsse konkreter auf die Weigerung von Kommunen bezogen, Atomwaffen oder Zubehör und Logistik auf ihr „Hoheitsgebiet“ zu verbringen. Dies löste natürlich Widerspruch bei Bundespolitikern aus, die solche Beschlüsse für rechtswidrig oder verfassungswidrig hielten. Die Zuständigkeitsfrage war deshalb auch ein fortdauernder Streit in den Kommunalparlamenten. Die Friedensbewegung wies dabei auf die Verantwortlichkeit der kommunalen Ebene für den sogenannten Zivilschutz hin.



Auf Initiative des Mutlanger Bürgermeisters Peter Seyfried haben zwanzig Bürgermeister aus dem Ostalbkreis ihren Beitritt zum Bündnis „Mayors for Peace“ erklärt Seyfried übergab die Beitrittserklärungen an Wolfgang Schlupp-Hauck, der sie in New York Bürgermeister Akiba persönlich übergab. Die Mitgliederzahl stieg damit auf über 600. Seyfried erklärte: „Als Bürgermeister einer Gemeinde, in der Atomwaffen stationiert waren, in der es zahlreiche Proteste dagegen gab, und einer Gemeinde, die glücklicherweise jetzt Wohnhäuser bauen kann, wo einst die Pershing II Raketen gelagert wurden, empfinde ich die Verpflichtung, die Bemühungen des Bürgermeisters aus Hiroshima um ein Verbot von Atomwaffen zu unterstützen.“

Die Grundstücke in  
Wald-Amorbach/Breuberg,  
Flurstück 16. Nr. 4; Flurstück 17, Nr. 5;  
Flurstück 227-2, Nr. 6,  
sind von uns zur  
„Atomwaffenfreien Zone“  
erklärt worden.  
Brigitte Ishorst-Schlarmann  
Klaus Schlarmann  
6127 Wald-Amorbach . Spessartstraße 14

Anzeige aus der „Odenwälder Heimatzeitung vom 7. September 1982

Die Kampagne für atomwaffenfreie Städte und Gemeinden war mit die erfolgreichste Bewegung gewaltfreien Widerstands gegen die Raketenstationierung in Westeuropa. Städtepartnerschaften verstärkten die Öffentlichkeitswirksamkeit und lösten auch in Osteuropa neue friedenspolitische Debatten aus. 1987 kam es auf Initiative der DFG-VK zum Olof Palme Friedensmarsch für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, die beide deutsche Staaten einbeziehen sollte. An den Aktivitäten in der DDR nahmen kirchliche Friedensgruppen mit Forderungen teil, die sich auch deutlich gegen die eigene Regierung richteten. Sie konnten dies erstmals über mehrere Wochen mehr oder weniger unbehelligt tun. Nie zuvor hatten Bürgeraktionen eine derartig umfassende militär- und sicherheitspolitische Debatte ausgelöst. **Gerd Greune ●**

# Von der Städtepartnerschaft zur aktiven Nichtregierungsorganisation in der UN

Mayors for Peace (Bürgermeister für den Frieden) wurde 1982 von den Bürgermeistern aus Hiroshima und Nagasaki gegründet. Damit es keine japanische Initiative bleibt, beschränkten sie dort die Mitgliedschaft auf die beiden von Atomwaffen verwüsteten Städte und suchten weltweit Partner für „Frieden durch Solidarität zwischen Städten“. Der Beitritt zu einer solchen Städtepartnerschaft war in den 80er Jahren ein deutliches Signal gegen die neuen Atomraketen. Hannover übernahm hierbei eine aktive Rolle und OB Schmalstieg wurde Vorstandsmitglied in Mayors for Peace.

In den 90er Jahren schlofen viele der Aktivitäten ein. Durch das Ende des Ost-West-Konfliktes hatte die Initiative an politischer Brisanz verloren. Nur noch wenige Städte luden Überlebende der Atombombenabwürfe ein, nur noch selten wurde eine Strasse nach Hiroshima benannt, nur einige führten Gedenkveranstaltungen am 6. und 9. August durch. Dennoch: Mayors for Peace verabschiedete immer wieder Resolutionen, gegen den Irak Krieg, gegen den Einsatz von Uranmunition, gegen nukleare Aufrüstungspläne.

In dieser Phase erhielt Mayors for Peace 1992 als Nichtregierungsorganisation beratenden Status im Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. Eine neue Ebene der Aktivitäten betrat Bürgermeister Akiba aus Hiroshima 2002 in Genf vor der Vorbereitungscommission für die Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrages. In seiner Rede kündigte er einen Dringlichkeitsplan für die Abschaffung der Atomwaffen an. Seine Forderung an die Staaten war, 2005 mit Verhandlungen über eine Nuklearwaffenkonvention zu beginnen. (Siehe diesen FreiRaum Seite 4). Der Plan begeisterte die anwesenden Gruppen von Abolition 2000. So tat sich eine neue Koalition auf: gewählte Kommunalpolitiker und in Friedensgruppen engagierte Bürger.

In diesem Jahr ist Bürgermeister Akiba in New York nicht mehr alleine vor der Vorbereitungs-kommission aufgetreten. Er und Bürgermeister Itho aus Nagasaki führten eine 15-köpfigen Delegation an. Im nächsten Jahr soll die Delegation 100 Bürgermeister umfassen. Reden auf

der Konferenz, Treffen mit den Regierungsdelegationen und ein großes Friedensfestival im Central Park sind in der Planung, um Druck für die Abrüstung zu machen.



Foto: wsh

*Der Stuttgarter OB Wolfgang Schuster unterzeichnete den offenen Brief der Aktion Völkerrecht und setzte seinen Baustein in das wachsende „Denk-mal“. Er bekam von den Schülern aus Heidelberg einen Brief von Bürgermeister Akiba übergeben mit der Einladung, nach New York zur Überprüfungs-konferenz mitzureisen. Schuster kündigte an, den Mayors for Peace beitreten zu wollen.*

In Deutschland waren bereits in den 80er Jahren 100 Städte und Gemeinden der Initiative beigetreten. Die Dringlichkeitskampagne will zu den 60. Jahrestagen der Atombombenabwürfe die alten Mitglieder wieder aktivieren und neue Mitglieder hinzu gewinnen. Dazu sind Gedächtnis- und Informationsveranstaltungen wichtig als Mobilisierungselement für die direkte Einflussnahme auf die Abrüstungsverhandlungen. Diese Aktionsebene ist neu für die Mayors for Peace.

Ein starke Kampagne wird entstehen, wenn Friedensgruppen und die Mayors for Peace eng zusammenarbeiten. In Deutschland hat daher der Trägerkreis Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen!“ die Unterstützungskampagne „...auf keinem Auge blind -atomwaffenfrei bis 2020“ gestartet.

Ob ihr Ort bereits Mitglied von Mayors for Peace ist erfahren Sie auf der Homepage: [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)

wsh ●

**Aktionsreise 2005 nach New York zur Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrages**

Für Jugendliche und junge Erwachsene organisiert die Friedenswerkstatt Mutlangen wieder eine Aktions- und Studienreise zur UNO in New York: Teilnahme an der Überprüfungs-konferenz des Atomwaffensperrvertrages, an Workshops der NGOs und an Aktionen wie dem internationalen Städte-Friedensfest im Central Park geben Einblicke in die Kampagnen- und Lobbyarbeit auf internationalem Parkett. Gleichzeitig können Kontakte geknüpft und Methoden der Kampagnen- und Lobbyarbeit selbst ausprobiert werden. Auch das Sightseeing und die Begegnung mit internationalen Jugendlichen kommen auf der Reise vom 28./29.4. bis 14./16.5.2005 nicht zu kurz.



Als erstes Vorbereitungsseminar für die Aktionsreise und als Einführung für alle Interessierten: **Wochenendseminar „Der Atomwaffensperrvertrag in Gefahr“ vom 12. bis 14.11. 2004**

Das Seminar gibt einen Überblick über die aktuelle Situation der Atomwaffen und der Atomwaffenpolitik. Es soll Fragen beantworten wie: Welche internationalen Abkommen gibt es über Atomwaffen? Welche Möglichkeiten gibt es, zu einer atomwaffenfreien Welt zu gelangen? Welche Kampagnen und Organisationen arbeiten für die Abrüstung von Atomwaffen?

Darüber hinaus werden wir Strategien suchen, wie wir durch Lobbyarbeit Politiker in Deutschland und bei der UNO zu einer konsequenteren Abrüstungspolitik bringen können. Hierbei werden wir auch praktische Übungen machen.

Weitere Infos zu beiden Veranstaltungen gibt's bei der Pressehütte ([post@pressehuette.de](mailto:post@pressehuette.de)).

Julia Kramer ●

**Deutsche Mitgliedsorte von Mayors for Peace:** Aachen, Aachen(K), Aalen, Aarbergen, Abtsgmünd, Achim, Alzey, Bad Oldesloe, Bad Salzuflen, Bad Vilbel, Bergstrasse, Berlin, Berlin-Spandau, Biberach An Der Riss, Bielefeld, Böbingen, Boppard, Braunschweig, Bremen, Brunsbüttel, Darmstadt, Detmold, Dietzenbach, Dorsten, Dortmund, Dresden, Ellwangen, Ertkreises, Ertstadt, Erlangen, Eschach, Frankfurt am Main, Friedberg, Fronenberg, Fürth, Gau-Algesheim, Geesthacht, Geisenheim, Gladbeck, Gleichen, Göttingen, Hagen, Hamburg, Hann. Münden, Hannover, Hardegsen, Hattersheim am Main, Hattlingen, Heidenheim an der Brenz, Heubach, Heuchelheim, Holzwickede, Horn-Bad Meinberg, Hüttlingen, Iggingen, Isernhagen, Johann, Kamen, Karben, Kassel, Kiel, Königstein im Taunus, Konstanz, Kreuztal, Köln, Lemgo, Lünen, Marl, Möggingen, Lenne-

## Aktionsziele der Mayors for Peace

- **Erhöhung der Mitgliederzahl auf über 1000**
  - **Tausende von Unterzeichnern der Erklärung der Bürgermeister**
  - **Weltweites Sammeln von Bausteinen für den symbolischen Schutzwall für das Völkerrecht**
  - **Delegation zur Überprüfungs-konferenz mit über 100 Bürgermeistern**
  - **1. Mai 2005 „World Peace Fair“ - Friedensfest im Central Park in New York mit Teilnehmern und Transparenten aus aller Welt**
- Niederkassel, Nordenham, Norderstedt, Nottuln, Nürnberg, Oberkochem, Oerlinghausen, Offenburg, Oldenburg, Oppenheim, Perleberg, Pforzheim, Plettenberg, Porta Westfalica, Rainau, Recklinghausen, Reinheim, Riesbuerg, Rosenberg, Rosenburg, Rotenburg, Ruppertshofen, Salzgitter, Schwabach, Schwäbisch Gmünd, Schwerte, Siegen, Sindelfingen, Solingen, Spraitbach, Stolberg, Straelen, Taunusstein, Täfferrot, Troisdorf, Tübingen, Unna, Unna(K), Varel, Velbert, Voerde, Waldstetten, Welver, Welzheim, Wesel, Wetteraukreis, Wiesbaden, Windeck, Witten, Wört, Wuppertal, Würzburg, Xanten, **Stand 15.September 2004**

For Mother Earth (FME) in Belgien sucht Freiwillige für ihr internationales Büro in Gent. Die Arbeit würde sich auf einen Zeitraum von sechs bis zwölf Monaten belaufen und wird durch den EVS – European Voluntary Service finanziert. An diesem Austauschprogramm kann jede/r zwischen 18 und 25 Jahren teilnehmen. Es beginnt im Februar 2005.

Die Arbeit beinhaltet verschiedene Aufgaben, die mit FME's Anti-Atomkampagnen in Zusammenhang stehen: atomare Abrüstung, Boykott von US-Produkten, Anti-Kriegs-, Anti-Militarismus-Aktivitäten und Kriegsdienstverweigerung, Atomenergie und Atom Müll, alternative Energien und Energiesparmaßnahmen, biologischer Anbau, Menschenrechte indigener Völker und Mithilfe in dem von FME aufgebauten vegetarischen/ veganen Restaurant.

For Mother Earth organisiert gewaltfreie direkte Aktionen, sodass die Bereitschaft zur Vorbereitung und Teilnahme an solchen Aktionen einen großen Bonus bedeutet. Die Arbeit wird in englischer und/oder holländischer Sprache sein. Als Gegenleistung erhaltet ihr zwei Mahlzeiten pro Tag im Restaurant, Unterbringung, Sprachtraining, Reisekosten und ein monatliches Taschengeld von 160 Euro.

Weitere Informationen findet ihr unter EVS Projekt:  
[www.motherearth.org/fme/evs.php](http://www.motherearth.org/fme/evs.php)  
oder kontaktiert David:  
Tel: 0032-9-242 87 52  
E mail: david@motherearth.org mk ●

# Atomare Renaissance in den USA

## „Normalisierung“ der sich ausbreitenden radioaktiven Umwelt

**Die Verbindung zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Atomkraft und das Vertuschen wissenschaftlicher Erkenntnisse über die Gefahren der sog. radioaktiven Niedrigstrahlung sind Themen des Vortrags von Dave Kraft hier in der BRD. Dave ist Mitbegründer des Nuclear Energy Information Service in den USA und bemüht sich seit 23 Jahren, die Tricks und Manipulationen der Atomlobby aufzudecken, mit denen sie ihre neuen atomaren Projekte der Öffentlichkeit verkaufen.**

Der Schrecken über die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki und die Angst vor neuen atomaren Kriegen führte in den 50er Jahren zur vorgetäuschten Trennung von friedlicher und militärischer Nutzung atomarer Energie. Visionär sollte der Bau von 1000 AKW's in den USA angestrebt werden. Gerade einmal etwas über 100 AKW's sind es geworden und die Kosten für die Lagerung ihres Atom Mülls sind enorm, ebenso die freigesetzte Strahlung in die Umwelt.

**Um das heutige Weiterbestehen des Atomzeitalters zu sichern wird Folgendes angestrebt:**

- Das Angleichen der Grenzwerte an reale radioaktive Emissionen in der Umwelt, für die Arbeiter und die Bevölkerung.

- Durch Werbung wird die Sprache ins „Doppeldeutige“ transformiert: Radioaktivität ist zwar gefährlich, aber nutzt der Allgemeinheit. Nachdem das Strahlenproblem nicht gelöst werden konnte, musste es sprachlich entgiftet werden – z.B.: „dieser Stoff mag tödlich sein, aber er ist legal und daher in Ordnung“.

- Nachdem Marketing und der Krieg der Wahrnehmung gewonnen sind, müssen die verschiedenen Bereiche der Industrien und ihrer Märkte - darunter Elektrizität, Krieg, Medizin und Lebensmittelbehandlung - als absolute **Notwendigkeit** für die Gesellschaft positioniert werden.

**Wir sehen in jedem Bereich der Atomindustrie Beweise für diese Strategie:**

- Die Öffentlichkeit wird möglicherweise nie Atomreaktoren oder Atom Müll akzeptieren, aber in den USA wird ihr beigebracht, dass die Bestrahlung von Lebensmitteln mit Kobalt und Caesium aus Gesundheitsgründen notwendig sei. Dabei wird verschwiegen, dass zwei Drittel der Probleme, die mit der Verschmutzung durch Salmonellen und Kolibakterien in Verbindung gebracht werden, mit dieser Maßnahme nicht gelöst werden können. Hingegen ist nach erfolgter Bestrahlung eine bakterielle Wiederverschmutzung möglich. Außerdem erzeugt die Bestrahlung chemische freie Radikale in den Lebensmitteln, die im Körper aufgenommen weitere Probleme erzeugen.

- Zum fünften Mal in 14 Jahren versucht die zuständige US-Regulierungsbehörde schwach radioaktiven Müll zum uneingeschränkten Gebrauch zu „De- bzw. zu Endreglementieren“. Der radioaktive Müll

soll in Alltagsgegenstände wie Autos, Spielzeug, Haushaltsartikel, Modeschmuck u.s.w. recycled werden.

- Im Wissenschaftsbereich versuchen einige der atomaren Aufrührer die Wiederbelebung der lang diskreditierten Theorie der „Hormesis“ über radioaktive Strahlung. Danach soll die Aufnahme geringer Mengen von Radioaktivität zu unseren Gunsten sein. Die US-Medien berichten darüber besonders gern.

- Wenn gezielte Falsch- oder nicht durchgeführte Studien der Verhinderung wissenschaftlicher Ergebnisse dienen, kann der bisherige Grenzwert leicht verändert werden, um ihn den unliebsamen Emissionen besser anzupassen. Dieser Prozess findet gerade statt in der Kontroverse um das vorgeschlagene „Endlager“ für hochradioaktiven Müll im Yucca Berg in Nevada.

- Zivile AKW's sind zum ersten Mal unter Vertrag der US-Energiebehörde, um Tritium für den Weitergebrauch in Atomwaffen zu produzieren. Bisher hatte die US-Energiebehörde eigene Reaktoren für die Herstellung von Materialien für die Bombenproduktion. Diese Reaktoren wurden alt und ihr Weiterbetrieb zu gefährlich. Mit dem Heranziehen der kommerziellen Atomindustrie wurde nun zwar das Tritiumproblem gelöst, aber auch ein klares Signal gegeben, dass die vorgetauschte Trennung zur friedlichen atomaren Nutzung auch offiziell nicht weiter existiert.

- Waffen aus abgereichertem Uran (DU) wurden die Wunderwaffen des US Militärs. DU ist ein Abfallprodukt, das bei der Herstellung von kommerziellen Reaktor brennstoffen anfällt, stammt also aus der zivilen Produktion.

- Der Begriff der „konventionellen“ Kriegsführung wird durch die de facto Akzeptanz von Einsätzen radiologischer - DU und anderer Uranwaffen - vernebelt. Es sind keine spaltbaren Materialien (welche z.B. die atomare Kettenreaktion bei Atombomben hervorrufen) und so fallen sie nicht unter den ohnehin ignorierten Nichtverbreitungsvertrag. Solange es keine atomare Pilzwolke gibt, muss es **ok** sein—und es funktioniert. Wenn radioaktive Materialien zu „unverzichtbaren“ Waffen geworden sind, können sie unmöglich aufgehoben werden.

Dave Kraft sieht die Möglichkeit dieser Entwicklung entgegenzuwirken, indem die wahren gesundheitlichen Auswirkungen, die weltweite Epidemie an Krebserkrankungen durch die Verbreitung radioaktiver Niedrigstrahlung, bekannt gemacht wird. Die Akzeptanz für jetzige und weitere Atomprojekte muss gestoppt bzw. verhindert werden. Mehr Informationen unter: [www.neis.org](http://www.neis.org) **Vortrag gekürzt von mk ●**

Since 1971,  
more than  
1 trillion dollars  
have been spent  
on cancer research  
and treatment.

Where ho

Das kalifornische  
„Women's Cancer Resource  
Center“ sagte bereits  
1994, das Brustkrebs bei  
Frauen im Alter von 35-  
50 Jahren Todesursache  
Nr. 1 ist.



Informationsstelle  
Militarisierung e.V.

## AUSDRUCK

### Das IMI-Magazin

Kompetente Analysen und Informationen. Kritische Beiträge zu aktuellen Fragen von Krieg und Frieden, Sicherheit und Globalisierung. Ab jetzt auch im Abo für Nicht-Mitglieder der Informationsstelle Militarisierung. Der AUSDRUCK erscheint sechs Mal im Jahr in einem Umfang von 20 bis 24 Seiten.

Bezug von 6 Ausgaben, inkl. Porto:  
Jahresabo 20 € / Förderabo ab 30 €  
Mehr Informationen und Probeexemplare auf unserer Homepage:  
[www.imi-online.de](http://www.imi-online.de) oder bei  
Informationsstelle Militarisierung e.V.  
Hechinger Str. 203  
72072 Tübingen  
Tel. 07071/49154





Foto: Susan Liroff

## Weiteres Cover-up über Radioaktive Risiken

CERRIE (Committee Examining Radiation Risk of Internal Emitters)

Das „Komitee zur Untersuchung radioaktiver Risiken durch interne Strahlung“- CERRIE ist Englands neuestes wissenschaftliches Beratungskomitee über radioaktive Risiken. Es sollte einen Bericht erstellen, dem alle Mitglieder zustimmen mussten. Doch nach 30 Monaten endete die Arbeit des Komitees im Juli mit einem Fehlschlag.

Die grundlegende Frage kam vom Komiteegründer, dem Umweltminister Michael Meacher: „ob das heutige Berechnungsmodell über radioaktive Risiken immer noch gültig sei“, bevor er dann von Premierminister Tony Blair gefeuert wurde.

Hintergrund ist, dass die Low Level Radiation Campaign (LLRC) von Dr. Chris Busby und 40 weiteren Wissenschaftlern, einen Berechnungsfehler aufzeigte, der um das bis zu 1000-fache im Berechnungsmodell des International Committee on Radiological Protection (ICRP) über radioaktive Risiken lag. Radioaktive Strahlung, die durch die Einatmung von Partikeln oder über die Nahrungsaufnahme in den Körper gelangt, wirkt dort wesentlich stärker, als die von außen auf den Körper einwirkende Strahlung. Das herkömmliche Berechnungsmodell, welches weltweit angewandt wird, bezieht sich nur auf die Auswirkungen durch externe radioaktive Strahlung. Der Petkaueffekt beweist zudem, dass die Anhäufung von Strahlenerkrankungen nicht linear zur Erhöhung der Strahlendosis verläuft. Studienergebnisse von Leukämieerkrankungen bei Kindern zeigen, dass die Auswirkungen von Tschernobyl in England bei einer Falldosis von ca. 80 microSieverts 720-fach höher war als nach der herkömmlichen Berechnungsmethode. Das bestätigen auch epidemiologische Studien, die in der BRD und in Griechenland durchgeführt wurden. Nach dem Tschernobyl-Unfall gab es bei Kindern in Großbritannien einen Anstieg von Leukämie um das 3.6-fache, in der BRD um das 1.6-fache und in Griechenland um das 2.6-fache.

CERRIE hatte die Aufgabe, diese Studien und das neue Berechnungsmodell zu überprüfen.

Nach ihrem langen Arbeitsprozess stimmten die

Roche, brachten einen Antrag ein, mit dem die neue Berechnungsmethode wieder ausgeschlossen werden sollte, da sie die abweichenden Meinungen nicht angemessen wiedergeben würde. Obwohl dies in den vorherigen Diskussionen nicht erwähnt wurde, ging der Vorsitzende direkt zur Wahl über, mit dem Ergebnis von 5 zu 2 bei 2 Enthaltungen vom NRPB (National Radiological Protection Board). Das Ergebnis besagt, dass es eine Menge Unsicherheiten und zudem Neues gibt, dass das biologische Phänomen kaum verstanden wird, dass man sich jedoch darüber keine Sorgen machen muss.

Es hätte nicht anders vom NRPB und BNFL - British Nuclear Fuels Limited (Atomindustrie) geschrieben werden können und tatsächlich wurde vieles von ihnen geschrieben, nachdem die LLRC ausgeschlossen wurde. Die LLRC wird sich zunächst darauf beschränken, einen kurzen Überblick über die Falschinterpretation von Leukämiefällen nach Tschernobyl aufzuzeigen. Dieses Thema war anfangs entscheidend dafür, den Umweltminister Michael Meacher davon zu überzeugen, CERRIE ins Leben zu rufen. Wir glauben, dass diese Befunde klar die Glaubwürdigkeit von ICRP (International Committee on Radiological Protection) und seinem Berechnungsmodell infrage stellen. ICRP's grundlegendes Argument ist es, dass individuelle Studien statistisch so schwach seien, dass sie dahingehend interpretiert werden könnten, dass Tschernobyl keine Auswirkungen auf das Vorkommen von Kinderleukämie habe - oder sie sogar reduziert haben könnte. Es argumentiert, dass die griechischen Daten falsch sein müssen, da sie mit den Ergebnissen aus Weißrussland nicht übereinstimmen können, weil dort die Dosis viel höher sei als in Griechenland. Problematisch an diesem Argument ist, dass es von einer linearem Anstieg der Erhöhung von Fällen proportional zur Strahlenmenge ausgeht, während die LLRC den Beweis erbracht hat, dass hohe Dosen die Leukämiefälle (und andere Krankheiten) reduzieren, da Föten z.B. in der Gebärmutter sterben. (www.llrc.org) **Chris Busby und Richard Brumhall, LLRC** **zusammengefasst und übersetzt mk ●**

Mitglieder des Komitees 10 zu 1 dafür, die neue Berechnungsmethode der Low Level Radiation Campaign (LLRC) in der letzten Version des Berichts mit einzu beziehen.

Eine Woche vor dem endgültigen Treffen war ein offizielles Rundschreiben der Regierungsanwälte eingegangen, das die Komiteemitgliedern darauf hinwies, dass sie persönlich für „mögliche Verleumdungen“ und „Falschinterpretationen“ zur Verantwortung gezogen werden könnten.

Beim letzten Treffen am 24. Juli 2004 wurden wieder rechtliche Hinweise gegeben. Es wurde nochmals nachgefragt, ob irgendwelche Ungenauigkeiten oder Fehler zu identifizieren wären. Doch es gab nur positive Zustimmung, wie es auch auf Filmkassetten festgehalten wurde.

Und dann explodierte die Bombe: der „Friends of the Earth“- (BUND) Vertreter Dr. Philip Day u.a. unterstützt durch den Greenpeace Vertreter Pete



Mordechai Vanunu

Vanunu wurde am 21. April 2004 nach 18 Jahren Knast entlassen, doch er ist nicht wirklich frei und darf das Land innerhalb des kommenden Jahres nicht verlassen. Zur Zeit lebt er in einem Zimmer der St. George Kathedrale in Ostjerusalem. Er widersetzt sich den Auflagen der israelischen Regierung in Bezug auf seine Kontakte und Äusserungen, indem er mit ausländischen Medien spricht.

1986 hatte Vanunu das geheim gehaltene israelische Atomwaffenprogramm, dessen Arsenal 100-200 Atomwaffen beinhaltet, an die Öffentlichkeit gebracht.

Vanunu sagt, „... Wasserstoffbomben haben keine Rechtfertigung und sind auch keine wirkliche Entschuldigung für Israel's Verteidigung. Es sind wahre (Holocaust)-Massenvernichtungswaffen... und sie können nur gegen Zivilisten in Städten eingesetzt werden...“

Zudem erklärt der ehemalige Arbeiter des Dimona Atomreaktors: „radioaktive Emissionen wurden nur dann freigesetzt, wenn der Wind Richtung Jordanien wehte. Seit 40 Jahren ist dieser Reaktor ohne Inspektionen, weder aus dem Ausland noch durch das israelische Parlament, in Betrieb“.

Vanunu hofft, Israel so schnell wie möglich verlassen zu können, denn er fühlt sich dort nicht sicher und er möchte seine UnterstützerInnen und seine Adoptiveltern in Minnesota, USA besuchen. Das Recht auf Bewegungsfreiheit oder im Meer zu schwimmen ist heute genauso seine Vision, wie seine Hoffnung auf eine Welt, die nicht durch die atomare Vernichtung bedroht ist.

[www.vanunu.freemove.co.uk](http://www.vanunu.freemove.co.uk)

mk ●



Dimona Atomreaktor, Israel

Fischer aus den Dörfern Teulada und Sant'Anna Arresi kämpfen seit vielen Jahren um ihren Job. Es geht um die Verhinderung ihrer Vertreibung und des Abhängigwerdens von der staatlichen Wohlfahrtshilfe.

Capo Teulada ist eine Halbinsel an der Südwestküste von Sardinien. Seit den 50er Jahren wird es als militärischer Bombenabwurfplatz mit echter Kriegsmunition für Boden-, Luft- und Marineübungen genutzt- darunter auch DU Munition. Mit 7200 Hektar Boden und 750 km<sup>2</sup> Meer war es das zweitgrößte Testgebiet in Europa. Es war der erste europäische Übungsplatz, der intensiv von den USA, der NATO und anderen Verbündeten für Manöver genutzt wurde. Für die Soldaten ist das Betreten eines Großteils des Gebietes aufgrund großer Mengen an nicht explodierter Munition verboten.

Seit dem Jahr 2000, nachdem die Bewohner von Vieques, Puerto Rico, mit ihrem Widerstand die USA mit der 6ten Flotte und der 2ten Atlantikflotte vertrieben haben, wurde die Militärbasis Capo Teulada noch mächtiger. Heute ist sie das größte high-technology Übungszentrum in Europa, welches gegen Bezahlung von allen verbündeten Armeen genutzt werden kann... um Sardinien frei zu bombardieren.

Die Fischer gewannen Ende der 90er Jahre ein Gerichtsverfahren, welches ihre Gehälter zurückerstattete, die allerdings in etwas Ähnliches wie Wohlfahrt umgewandelt wurden. Gleichzeitig wurden die Einschränkungen durch die Armee noch ausgeweitet, da das Meer hier nur noch für militärische Übungen genutzt werden darf. Das macht den Fischern das Ausüben ihrer traditionellen Fischerei unmöglich. Der Kampf der Fischer begann erneut im Herbst 2002 und seit November 2003 führen sie durchgängig Proteste am Hafen und an der Einfahrt zur Militärbasis durch.

Oft fahren sie ihre Boote ins Herz des Testgebietes und legen ihre Netze aus.

Ihre Forderungen sind einfach: das Recht, das gestohlene Meer zurückzuerhalten, das Recht auf eine würdige Arbeit, das Recht auf ein sicheres, sauberes Meer und eine saubere Umwelt.

Mehr Informationen zu dieser Kampagne erhaltet ihr über Patricia in Englisch:

rebelflower@libero.it

mk●

## Depleted Uranium und wie weiter

**Es folgt ein geschichtlicher Überblick zum Stand der Erkenntnisse zu Uranwaffen und die Frage, was nach der Hamburger Uranwaffenkonferenz vom Oktober 2003 die nächsten Schritte für die Friedensbewegung in Bezug auf diese Waffen sein müssten.**

Der weltweit erste bedeutende Einsatz mit Uranwaffen fand bereits 1991 seitens der US- und britischen Armee im Irak statt. Damals wurde das Vorhandensein von radioaktivem Material in Waffen von den verantwortlichen Regierungen noch geleugnet. Erst nachdem eine unabhängige Untersuchung die Radioaktivität der Munition bewies und nachdem diese Tatsache weiter bekannt wurde, gab die US Regierung zumindest den Einsatz von 375 Tonnen Depleted Uranium (abgereichertem Uran) im Südirak zu. Die Regierungen der USA und Englands leugnen allerdings bis heute, dass diese Munition gesundheitsschädigende Auswirkungen auf die dortige Zivilbevölkerung, sowie auf die eigenen Soldaten hat. So war es ein Verdienst des deutschen Prof. Siegwart-Horst Günther, als er 1992 ein uranhaltiges Projektil aus dem Kriegsgebiet im Südirak an der Universität in Berlin auf Radioaktivität untersuchen ließ. Die signifikanten Erkrankungen in den Krankenhäusern von Basra lösten bei ihm diesen Verdacht aus, woraufhin er international Alarm schlug.

Prof. Durakovic war bereits 12 Jahre Nuklearmediziner beim Pentagon, als er im Auftrag des US-Kongresses eine Studie über Uran im Urin von am Golfkriegssyndrom erkrankten US Veteranen durchführte. Er entdeckte DU, aber auch Spuren von Plutonium. Auf der Whistleblower Konferenz in Starnberg im Sept. 2003 sprach Prof. Durakovic über den massiven Druck, dem er ausgesetzt wurde, diese Studie nicht zu beenden. Nachdem er nicht bereit war, sein Vorhaben aufzugeben wurde ihm vom Pentagon gekündigt. Prof. Durakovic gründete daraufhin 1997 das unabhängige UMRC – Uranium Medical Research Center – in Kanada. Er kritisiert die Falschinformationen der Verteidigungsministerien in Kanada und den USA. Diese berufen sich auf Studien, die gezielt so angelegt wurden, dass nichts dabei herauskam. Das UMRC kontaktierte weltweit Laboratorien, die weitere Urin- und Bodenproben aus Afghanistan (2002) und Irak (2003), auch bei Teilen der Zivilbevölkerung, sowie dort stationierter Soldaten untersuchten.

Seit 1997 hat die US-Regierung 23 neue Waffensysteme wie z.B. Bunker Busters, erdringende Lenkraketen entwickelt, die laut ihrer Waffenpatente auf eine noch größere Menge von Uran in Waffen hinweisen, und zwar bis zu 1 Tonne. Das Ergebnis der unabhängigen UMRC-Analyse der Proben aus Afghanistan beweist den dortigen Uranwaffeneinsatz, wie es auch im Urteil des Internationalen Tribunals zum Krieg gegen Afghanistan bestätigt wurde. Das Tribunal wurde in Tokio im November 2003 vor einem

internationalen Richterergremium abgehalten. Die letzte Analyse von Proben aus dem Irak, die in einem Frankfurter Labor von Dr. Axel Gerdes dieses Jahr untersucht wurde, beweist den Einsatz von Uran in Lenkraketen in Bagdad und bestätigt gleichzeitig DU im Urin von US Veteranen des letzten Irakkrieges.

Eine unabhängige Studie der Universität Bremen bestätigte bereits im Jahr 2002 Chromosomenschäden durch Radioaktivität an den 19 getesteten Golf- und Balkankriegsveteranen, sowie einem Zivilisten aus der britischen Flugzeugproduktion. Diese Veteranen müssen einer ähnlichen Menge an Radioaktivität ausgesetzt worden sein, wie die Feuerwehrmänner von Tschernobyl, gab Dr. Chris Busby auf der Ham-



Dr. Chris Busby, Foto: Charles Jenks

burger Uranwaffenkonferenz 2003 bekannt. Chris Busby ist u.a. Wissenschaftssekretär des Europäischen Komitees über Radioaktive Risiken, sowie Wissenschaftssprecher der Grünen Partei von England und Wales und Mitglied der Internationalen Gesellschaft über Umweltepidemiologie. Weiter verglich Busby die radioaktive Halbwertszeit des wesentlich langsamer zerfallenden DU Isotops mit der von Plutonium. Daraus ergab sich, dass 350 Tonnen DU etwa 2 kg Plutonium entsprechen. Zur Erinnerung: die US-Regierung gab zu, bereits 1991 im Südirak 375 T. DU eingesetzt zu haben. Busby erklärt weiter, dass laut UN-Richtlinien ein Gebiet, welches mehr als 39 000 Bq pro qm aufweist, als radioaktiv verseucht gilt. 350 Tonnen DU, die in einem Gebiet von 100 km<sup>2</sup> zum Einsatz kamen, übertreffen diese UN-Richtlinie um das 3-4 fache.

Dass Radioaktivität Krebs und andere Krankheiten erzeugt, muss wissenschaftlich nicht mehr bewiesen werden.

Die bereits zugegebenen eingesetzten DU Mengen der US- und der britischen Regierung sind so ungeheuerlich, dass es keinen Zweifel an den Aussagen und Studien der irakischen Ärzte geben kann, die den offensichtlichen Zusammenhang des extremen Anstiegs der schweren Krankheitsbilder der Menschen im Irak und DU bestätigen. Für die Feststellung dieses Zusammenhanges bedarf es keiner bis ins aller kleinste Detail durchgeführten Studie. Die Forderung hier-

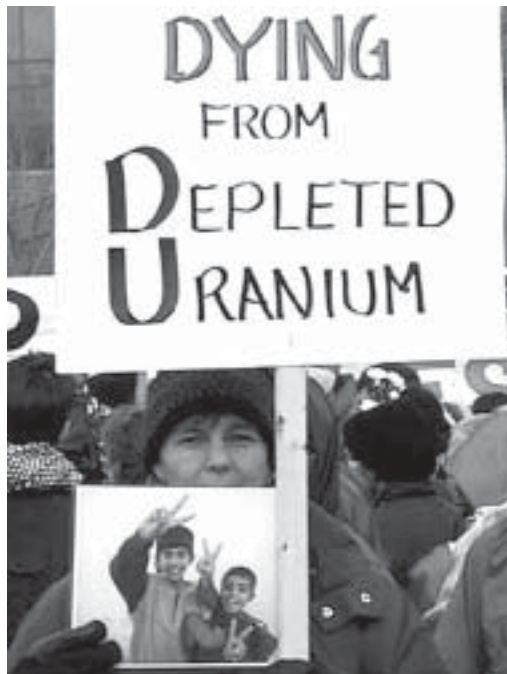
nach kann nur als Missbrauch von Wissenschaft betrachtet werden. Weitere Studien müssen das Ziel verfolgen, mit noch genaueren Daten das Problem zum Schutze des Menschen besser zu erfassen, anstatt die Wahrheit mit dem Ruf nach einem allumfassenden wissenschaftlichen Beweis wieder zu vernebeln. Natürlich gibt es Einzelfälle, wo der Auslöser einer Krankheit eine andere Ursache hat oder wo verschiedene Faktoren in einem Krankheitsbild zusammenkommen.

Die Anti- Uranwaffenbewegung möchte hier so genau wie möglich weiter recherchieren, ohne dabei die offensichtliche Verursachung durch Uranmunition auf die Gesundheit der betroffenen Menschen zu leugnen. Auf der Hamburger Uranwaffenkonferenz wurden von den meisten der aus 20 Ländern stammenden TeilnehmerInnen diese Waffen als Massenvernichtungswaffen definiert. Einhellig wurde die Vorgehensweise der Regierungen als gezieltes „cover-up“ bezeichnet. Es wurde deutlich, dass es allein unabhängige Studien waren, nicht Regierungs- oder UN-Studien, die die Wahrheit ans Licht brachten. So erkannte dieses Jahr das weltweit erste Gericht in England die Klage eines Golfkriegsveteranen an, der seine schwere Erkrankung auf DU zurückführte. Weitere britische Veteranen, die zeitgleich vor Gericht zogen, hatten kein Glück, da sie an keiner unabhängigen Studie teilgenommen hatten und daher den wissenschaftlichen Beweis nicht erbringen konnten. Interessant ist auch der Fall von Richard David aus England. Er hatte in den oben genannten unabhängigen Studien positive Testergebnisse, obwohl er nicht als Soldat im Einsatz, sondern als Arbeiter in der Flugzeugindustrie tätig war. Ende dieses Jahres wird Richard Davids Verfahren vor dem Obersten Gericht in London stattfinden. Hierin besteht für uns die Hoffnung auf einen Präzedenzfall im zivilen Sektor.

## Epidemiologie von unten

Die Resolution der Hamburger Uranwaffenkonferenz bringt das gemeinsame Interesse der Bewegung zum Ausdruck, den Bedarf nach weltweiten epidemiologischen Befragungen der Bevölkerung in DU Einsatz- und Testgebieten, unter Veteranen der Länder, sowie rund um die DU Produktionsstätten als weitere Schritte zur genaueren Bestimmung zu benennen.

Unterschiede können durch diese Befragungen erkannt und analysiert werden. Diese epidemiologischen Fragebögen sind bereits von Dr. Busby entwickelt worden und über die GAAA erhältlich. Für die Anti-Atombewegung eignet sich dieser epidemiologische Fragebogen generell um Gesundheitsprobleme und Auffälligkeiten rund um Atomanlagen festzustellen. Die Uranwaffenkonferenz bekundete die Notwendigkeit des Aufbaus einer Freien Universität, die unabhängig die neue Berechnungsmethode über die Auswirkungen radioaktiver Niedrigstrahlung anwenden soll, wie es von 40 Wissenschaftlern der LLRC (Low Level Radiation Campaign) befürwortet wird. Innerhalb der konzernunterwanderten UNO wird von der WHO (Weltgesundheitsorganisation) und der IAEA (Internationale Atomenergiebehörde) eine falsche Berechnungsmethode angewandt und als Richtlinie an alle Regierungen ausgegeben (siehe den Beitrag zu CERRIE S. 9). Zudem werden Krebsregister vermehrt von den Regierungen abgeschafft oder manipuliert.



Protest an der DU Produktionsstätte Alliant Tech, USA

## Wir können dem entgegenwirken:

Es können unabhängige epidemiologische Befragungen mit 3-4 Personen auch in der BRD bei den bekannten DU-Testgebieten und Unfallstellen wie z.B. dem Flugzeugabsturz in Remscheid stattfinden. Es gilt die Bevölkerung dafür zu gewinnen, dass sie, sobald eine signifikante Krankheitserhöhung in den betroffenen Gebieten festgestellt wird, Druck auf entsprechende politische Verantwortliche ausübt. Jede/r einzelne Befragte könnte um eine symbolische Spende für dieses Internationale Institut „Freie Universität“ gebeten werden. Die heutige systemstabilisierende Wissenschaft bringt die Wahrheit nicht ans Licht und unsere heutigen Lehreinrichtungen produzieren kaum objektive Wissenschaftler. Umweltstudien an den neuen Universitäten drehen sich überwiegend um Wiederverwertung (recycling). Die aus der Anti-Atombewegung bekannten WissenschaftlerInnen wie Rosalie Bertell, Ernest Sternglass, John Gofman, Jay Gould sind sehr alt, Alice Steward ist bereits verstorben und Inge Schmitz Feuerhake und Malcolm Hooper sind in Rente. Wer soll ihre Arbeit einmal fortführen? Das Ziel einer Freien Universität soll die Ausbildung einer Gruppe von jungen unabhängigen Menschen sein. Ausgerüstet mit Wissen und Technik sollen sie in der Lage sein eine Analyse über den wirklichen Zustand unseres Planeten, angesichts der Bedrohung durch das industrielle und politische System, abzugeben. Wir müssen diesen Nachwuchs von Wissenschaftlern, die uns objektive Antworten geben können, „von unten“, durch eine Freie Universität organisieren und finanzieren, da die dafür zuständigen internationalen Organisationen dies nicht leisten.

Letztendlich wäre dies die gleiche Entwicklung, wie die aus der Friedensbewegung entstandenen Kriegsverbrechertribunale. Diese müssen auch „von unten“ organisiert werden, da sich keine Regierung traut, offizielle Tribunale gegen die mächtigsten Staaten und die verantwortlichen Konzerne zu organisieren. Zudem sind viele Regierungen selbst an diesen Kriegen beteiligt. Auch der Einsatz von DU-Waffen ist ein Kriegsverbrechen. Die Illegalität dieser Uranwaffen klärte die UN-Unterkommission in ihrem Rechtsgutachten im Jahr 2003. mk ●

## Irakische Kinder benötigen unsere Unterstützung!

Der Einsatz radioaktiver Munition und Waffen im Südirak hat bereits im Golfkrieg von 1991 zu der starken Krebszunahme bei der dortigen Bevölkerung beigetragen. Das Krankenhaus in Basra, das von der österreichischen Ärztin Eva-Maria Hobiger und dem von ihr betreuten Projekt „Aladins Wunderlampe“ unterstützt wird, hat seit Beginn der Besetzung kein einziges (!) krebshemmendes Medikament über das Gesundheitsministerium bzw. von den Besatzungsmächten erhalten. Die Abteilung für krebskranke Kinder ist ausschließlich auf Hilfslieferungen angewiesen, „ohne diese wären in dieser Zeit ausnahmslos alle kleinen Patienten gestorben“. Prinzipiell erhalten die Krankenhäuser, so musste sie erfahren, höchstens 25 % des tatsächlichen Bedarfs.

Eva-Maria Hobiger war vom 15. bis 28. Juni 2004 wieder einmal mit einer großen Hilfslieferung (6 Tonnen) im Irak. Unter den aktuellen Bedingungen eine sehr mühtige Reise. In ihrem Reisebericht „Der Krieg geht weiter...“ [www.iraqtribunal.de/dokus/hobiger\\_jun04/reisebericht.htm](http://www.iraqtribunal.de/dokus/hobiger_jun04/reisebericht.htm) schildert sie erneut sehr bewegend die Situation im Irak und wie wichtig unserer Hilfe gerade heute ist.

Leider geht die Spendenbereitschaft seit dem offiziellen Ende des Krieges immer weiter zurück. Wir erbitten daher dringend Spenden auf das folgende Konto: Hypo Vereinsbank AG München (BLZ 700 202 70), Konto Nr. 665 821 595 „Kinder im Irak“ Näheres auf der Webseite: [www.saar.at/aladin](http://www.saar.at/aladin) mk ●



Dieses geniale Sach-Comic, im Englischen bekannt unter „addicted to war“, ist bei „Zweitausendeins“ jetzt neu für 7,50 Euro erhältlich.

**Liebe Mitglieder,  
Freundinnen und Freunde!**

*Auch dieser FreiRaum geht wieder hinaus mit Ihrer Unterstützung. Danke! Bleiben Sie uns gewogen auch nachdem wir in der letzten MV (wie berichtet) unseren Jahresbeitrag auf 40 erhöhen mussten.*

**Nun, was steht an?**

*Als Wichtigstes:  
DIE NEUE WELTORDNUNG.  
Wir erinnern uns, so etwas wurde schon von Vater BUSH ausgerufen. Der Sohn hat sie jetzt erneut bestätigt: ER wird Amerika „VERTEIDIGEN, koste es was es wolle“. So der neue Name für Invasionen in rohstoffreiche Länder wie den Irak.*

*Ist das nicht die ALTE Weltordnung, die unsere Erde ruiniert hat? Zu schweigen von den gewaltigen Klimateinbrüchen! Hier würde das Geld gebraucht, das immer noch im Rachen der Rüstungskonzerne verschwindet!*

**Und die EU-VERFASSUNG?**

*DASSELBE TÖDLICHE SPIEL: im Entwurf wurden militaristische Rahmenbedingungen für Europas Zukunft festgeschrieben. Oh nein! - Unsere Anregung und Bitte an Sie: JETZT müssen wir uns an unsere Abgeordneten wenden, auch an die Europa-Abgeordneten. Attac hat mit IPPNW u.a. dazu eine gut begründete Resolution verabschiedet, die Sie nutzen können!  
(Bezug: DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt)*

**UNSERE politische Chance:**

*Angesichts des militärisch im Irak angerichteten Chaos ist bei uns inzwischen DIE MEHRHEIT in vielem mit der Friedensbewegung im KONSENS. Wir stehen gegen diese Logik des Krieges nicht mehr allein!*

*Trotz allem können wir also zuversichtlich sein.*

*Mit herzlichen Grüßen!*

**Ihr Konrad Moll**

*Vorstandsmitglied der Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.●*

## „Neue Rolle in der Sicherheit“

**ESA will sich im Verteidigungsbereich engagieren**

Ja, bestätigte Gaelle Winters, der neue Direktor des Operation Center (ESOC) der Europäischen Weltraumagentur (ESA) in Darmstadt, er glaube, dass die ESA künftig eine größere Rolle für die nationale und europäische Sicherheit spielen werde – etwa mit dem militärischen Einsatz von Beobachtungssatelliten. „Das heißt nicht, dass wir diese für das Militär steuern, jedoch, dass wir das Projektmanagement, die Software und die Satelliten liefern, weil wir dort das Know How haben.“

Allerdings schränkt er ein: „Wir sind keine Verteidigungsorganisation und werden das auch nie sein.“<sup>1</sup> Darauf sollte er sich besser nicht festnageln lassen. Schliesslich arbeitet er für eine Organisation, die sich – es ist gerade erst fünf Jahre her – beleidigt dagegen wehrte, mit Militär überhaupt in Zusammenhang gebracht zu werden, jegliche Anspielungen auf „doppelte Nutzbarkeit“ oder „zivil-militärische Ambivalenz“ empört von sich wies und dabei betonte, gemäß ihren Statuten auf „friedliche Zwecke“ verpflichtet zu sein.

### Ein neues Kapitel der europäischen Raumfahrt

Die ESA hat sich inzwischen umorientiert und ist dabei den Vorgaben der Politik in Europa gefolgt: die Festlegung auf die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) im Vertrag von Maastricht 1992, die Definition der so genannten Petersberg-Aufgaben im selben Jahr und schließlich 2000 die Einigung auf Grundzüge einer Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP).

Seither ist in der Europäischen Union nicht alles friedlich, wo friedlich drauf steht. Zählen zu den Petersberg-Aufgaben in der Verfassung der EU neben humanitären Aufgaben und Rettungseinsätzen doch auch „Kampfeinsätze im Rahmen der Krisenbewältigung“.<sup>2</sup>

Diese Entwicklung kam manchen in der ESA-Führungsspitze entgegen. Das Umfeld für Weltraumaktivitäten war in den vergangenen Jahren schwierig. Die ökonomische Krise führte zu einer zurückhaltenden Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand, folglich konnten manche

Forschungsprojekte nicht realisiert werden. Dass einige groß angelegte kommerzielle Projekte platzten, traf vor allem die Weltraumindustrie schwer.

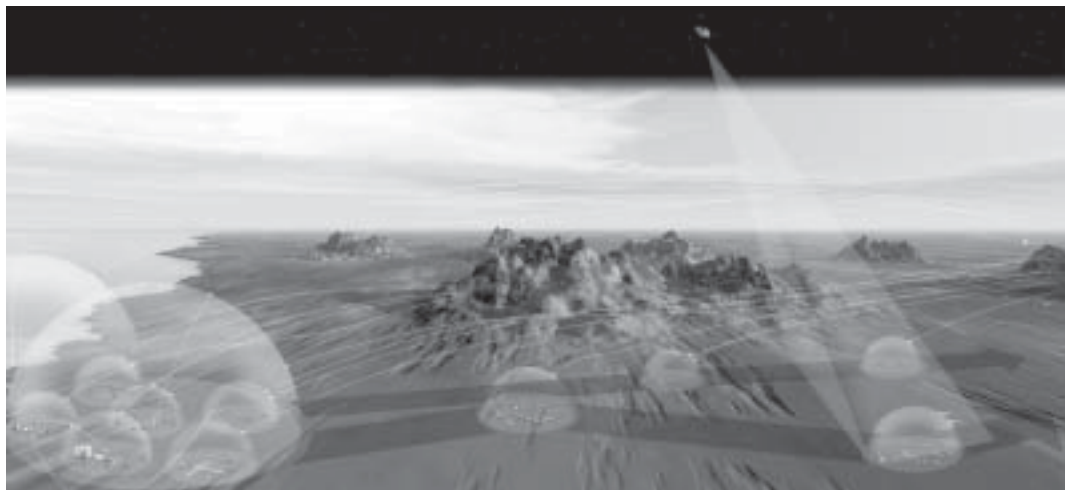
In dieser Situation sehen sie in der „Globalisierung des Militärs“ eine große Chance. Für Einsätze zwischen Hindelang und Hindukusch sind die nationalen Armeen in Europa nicht gut genug ausgerüstet. Es fehlen unter anderem eigene Aufklärungskapazitäten, schnelle und geschützte Kommunikationsmöglichkeiten, zuverlässige Zeit- und Positionsgebung.

Hier kommen Satelliten ins Spiel – und damit auch die ESA. Weltraumagentur und Europäische Kommission haben in den vergangenen Jahren in zahlreichen Kontakten eine neue Partnerschaft abgesteckt. Dabei wurde in rasendem Tempo das Tabu der ESA, sich mit militärischen Aufgaben zu befassen, über Bord geworfen.

In einem Gemeinsamen Grundsatzpapier der [Europäischen] Kommission und der ESA zur europäischen Strategie für die Raumfahrt stellten die Partner fest: „Der Weltraum hat eine sicherheitspolitische Dimension... Durch die ... auf dem europäischen Gipfel von Helsinki unternommenen Schritte in Richtung einer ESVP erlangt die Raumfahrt für die Europäische Union einen neuen Stellenwert, beispielsweise für die Entscheidungsfindung zur Planung und Durchführung der Petersberg-Aufgaben...“<sup>3</sup> In dem Papier wird empfohlen, ein satellitengestütztes Informationsnetz zu schaffen, „das den politischen Erfordernissen Europas entspricht“.

Gleichzeitig tagte der Rat der „drei Weisen“. In seinem Bericht „Towards a Space Agency for the European Union“ empfahl er, „die Fähigkeiten der ESA auch für die Entwicklung der eher sicherheitsorientierten Aspekte der europäischen Weltraumpolitik einzusetzen. Da die Anstrengungen der Europäischen Union in diesen Bereichen auf die so genannten Petersberger Aufgaben ... abgestimmt sind, sehen wir kein Problem mit der Satzung der ESA.“<sup>4</sup>

*Europa will sich Kriegsplanung und -führung mit Weltraumtechnologie unabhängig von den USA ermöglichen.*



In einem weiteren Schritt schlossen ESA und Europäische Kommission im Oktober 2003 ein Rahmenabkommen, das ermöglichen soll, Weltraumsysteme für Grenzkontrollen, Krisenmanagement, humanitäre Missionen und Terrorabwehr nutzbar zu machen. Das Ganze natürlich nur, um „die friedliche Nutzung des Weltraums zu stärken“. Entsprechende Vorschläge einer neuen Kommission aus ESA, EU und „anderen Organisationen“ werden Anfang 2005 erwartet.

Außerdem erstellte die Europäische Kommission bis November 2003 ein „Weißbuch“. Nach einem angeblich offenen gesellschaftlichen Diskussionsprozess, in Wirklichkeit unter Ausschluss einer kritischen Öffentlichkeit und bei vollständiger Missachtung durch die Medien, wurde der „Aktionsplan (Europäisches Raumfahrtprogramm) einschließlich einer Liste empfohlener Maßnahmen zur Durchführung der europäischen Raumfahrtspolitik“ erstellt.<sup>5</sup> Hier fließen alle früheren Entscheidungen zusammen. Gesehen wird „Die Chance: Ergänzung der in Europa bestehenden raumgestützten Kapazitäten und Analyse der Erfordernisse im Hinblick auf die Schaffung einer glaubwürdigen Sicherheitskapazität mit hohem Zusatznutzen für die EU.“

Selbst in der neuen Verfassung der EU ist die „politische“ Komponente der bisherigen Forschungseinrichtung ESA schon verankert. Gemäß Artikel III-155 „arbeitet die Union eine europäische Raumfahrtspolitik aus“, die auch „der Durchführung ihrer Politik“ dienen soll. In Zusammenarbeit mit der ESA soll so ein „europäisches Raumfahrtprogramm“ definiert werden.

„Der Weltraum hat strategische Relevanz“, heißt es folgerichtig gleich zu Beginn eines Internationalen Berichts über Weltraum- und Sicherheitspolitik in Europa.<sup>6</sup> vom Herbst 2003. Und es folgt der Verweis, dass die Entwicklung zivil-militärischer Weltraumtechnologie danach ruft, die momentanen nationalen Verteidigungsprogramme mit den vorwiegend zivil ausgerichteten europäischen Programmen zu verschmelzen. Seien erst einmal operationelle Systeme (sprich: Satelliten) im Einsatz, „werden schließlich europäische Kommandostrukturen für die Verantwortung über die Weltraumsysteme entwickelt werden müssen.“ Das US Space Command lässt grüßen...

## Der ESA Lust, der Friedensbewegung Frust

Leider ist zu befürchten, dass das Streben Europas, im Weltraum militärisch gegenüber den USA aufzuholen, den Rüstungswettlauf im Weltraum verschärft.<sup>7</sup> Anstatt der weiteren Militarisierung und letztlich sogar einer Bewaffnung des Weltraums mit vereinter Kraft entgegen zu steuern, lässt sich Europa auf eine neue Rüstungsspirale ein. Wie zuvor beim US-Militär,



*Werden im ESOC Kontrollzentrum in Darmstadt bald auch militärische Satelliten gesteuert und ihre Daten an europäische Eingreiftruppen weitergeleitet ?*

steigt damit die Abhängigkeit Europas von genau diesen Systemen. Dann ist es nur noch ein Schritt bis zur Befürchtung, Satelliten seien ein lohnendes Ziel für etwaige Gegner – und zum Beschluss, diese mit Waffengewalt zu schützen. Ein Teufelskreis, aus dem dann nur schwer ein Ausweg zu finden wäre.

**Regina Hagen** ist Vorstandsmitglied des *Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space* und arbeitet mit im *Darmstädter Friedensforum*. ●

<sup>1</sup> Zitate aus Darmstädter Echo und Frankfurter Rundschau vom 28.5.2004.

<sup>2</sup> Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der EU, Vorläufige konsolidierte Fassung des Vertrags über eine Verfassung für Europa, Brüssel, 25. Juni 2004.

<sup>3</sup> Kommission der europäischen Gemeinschaften, Mitteilung der Kommission an den Rat und das europäische Parlament – Ein neues Kapitel der europäischen Raumfahrt, KOM(2000) 597 endgültig vom 27. September 2000.

<sup>4</sup> Towards a Space Agency for the European Union, Report by Carl Bildt, Jean Peyrelevade, Lothar Späth to the ESA Director General, Vorgestellt am 9. November 2000 in Paris.

<sup>5</sup> Kommission der europäischen Gemeinschaften, Weissbuch Die Raumfahrt: Europäische Horizonte einer erweiterten Union. Aktionsplan für die Durchführung der europäischen Raumfahrtpolitik, KOM(2003) 673 vom 11. November 2003.

<sup>6</sup> ESA und Instituto Affari Internazionali, International Report on Space and Security Policy in Europe, Rom, November 2003; deutsche Fassung Internationaler Bericht über Weltraum- und Sicherheitspolitik in Europa, herausgegeben von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, DGAP-Analyse Nr. 28, Mai 2004.

<sup>7</sup> Zu den militärischen Weltraumplänen der USA siehe Regina Hagen und Jürgen Scheffran, Mit Weltraumwaffen gegen Teppichmesser? Das Streben der USA nach Dominanz im All, Wissenschaft & Frieden 1/2002. Die darin beschriebene Tendenz hat sich seither noch deutlich verschärft.

## Krieg der Sterne auch in Europa

Obwohl noch kein Test die Funktionsfähigkeit der Raketenabwehr belegt, will US-Präsident Bush vor der Wahl Fakten schaffen.

Im Fort Greely, Alaska und auf dem Luftwaffenstützpunkt Vandenberg, Kalifornien sollen noch diesen Herbst die ersten Abfangraketen stationiert werden. Die beiden Stationen nützen nur etwas gegen mögliche Angriffe aus Nordkorea. Deshalb ist auch eine Basis außerhalb der USA in Planung.

Wie im Guardian vom 13. Juli veröffentlicht führt die US-Regierung in Polen und Tschechien wie auch Ungarn, Rumänien und Bulgarien Verhandlungen über die Errichtung von Radaranlagen für die Raketenabwehr und eine in der Erde verbunkerte Abwehrstellung für 10 Abfangraketen.

„Wir haben großes Interesse“ wird der Sprecher des polnischen Außenministeriums Boguslaw Majewski zitiert. Polen wäre die erste Raketenabwehrstellung außerhalb der USA und die einzige in Europa.

Mit ihr soll dokumentiert werden, dass es auch um den Schutz der Verbündeten gehe, nicht nur um den Schutz der USA. Ein Einwand der deutschen Regierung würde damit entkräftet.

Die Geheimverhandlungen von John Bolton haben allerdings bei Verteidigungspolitikern in Tschechien, die im Unklaren gelassen wurden, zu Verärgerung geführt.

In Polen ist die Forderung gestellt worden, dass mit Russland vor der Stationierung ein Konsens gefunden werden muss, um militärische Spannungen zu vermeiden. **wsh ●**

## Keep Space for Peace

Aktionswoche für die friedliche Nutzung des Weltraums  
25.9.-2.10.2004

Das Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space hat zu einer weltweiten Aktionswoche gegen die Sternenkriegspläne aus Washington aufgerufen. In diesem Zeitraum werden an über 30 Orten auf der Welt Proteste gegen die mit der Raketenabwehr verbundene Militarisierung des Weltraums stattfinden. Die Protestaktion beim EUCOM in Stuttgart am 2. Oktober ist eine davon. **wsh ●**

## Jeden Sommer zum Hiroshima Peace Memorial

Interview von Julia Kramer mit Azusa Shigemi aus Hiroshima, die beim Workcamp in der Pressehütte ihren 19. Geburtstag feierte:

*F: Ist der Atombombenabwurf von 1945 Thema unter den Jugendlichen in Hiroshima?*

A: Wir lernen schon in der Grundschule darüber, falten Papierkraniche und gehen jedes Jahr am 6.8., dem Jahrestag, zur Gedenkstätte, dem Hiroshima Peace Memorial. Aber außerhalb der Schule wird über das Thema kaum geredet.

*F: Du studierst an der Universität von Hiroshima Friedensforschung. Hättest du das auch getan, wenn du in Tokio aufgewachsen wärst?*

A: Wahrscheinlich nicht. Ich hätte weder viel über das Thema Atomwaffen gewusst, noch hätte mich die Frage des Friedens interessiert.

*F: Gibt es in deiner Familie Zeitzeugen, die von der Atombombe betroffen waren?*

A: Meine Großmutter befand sich in der Nähe des Epizentrums. Sie spricht nicht gern davon, aber mein Vater hat sie gebeten, uns Kindern davon zu erzählen, damit wir und unsere Kinder die Gefahr durch Atomwaffen nicht vergessen. Meine Großmutter erzählte, wie sie nach der Explosion auf einen Berg stieg und sah, wie sich am Fluss viele verbrannte Menschen sammelten, die von der Ferne aussahen wie rote Thunfische.

*F: Wie kann man aus deiner Sicht am besten zum Frieden beitragen?*

A: Obwohl es in Japan bittere Gefühle gegenüber den USA wegen der Atombombenabwürfe gab, wurde nicht versucht, sie zu rächen. Dies hat zum Frieden in der Region beigetragen. Rachegefühle und Strategien, die einen Erstschatz vorsehen, sind meiner Meinung nach die größte Gefahr für den Frieden. Abrüstung trägt zum Frieden bei. Jeder sollte sich fragen: Was ist wahrer Frieden: wenn wir Atombomben und andere Waffen haben, oder wenn nicht?

*F: Hast du bevor Du nach Mutlangen gekommen bist von der Initiative „Bürgermeister für den Frieden“ des Bürgermeisters von Hiroshima gehört?*

A: Nein, ich war überrascht, als ich hier davon erfuhr! Unser Bürgermeister Akiba ist zwar bekannt dafür, dass er sich für den Frieden einsetzt, aber von den „Bürgermeistern für den Frieden“ hatte ich noch nichts gehört. Es sollten noch mehr japanische Bürgermeister bei der Initiative mitmachen, nicht nur die Bürgermeister von Hiroshima und Nagasaki. ●

## „Unterschreiben Sie bitte für den Frieden“

### Internationales Workcamp sammelte Bausteine für die Aktion Völkerrecht



Azusa Shigemi aus Hiroshima, Foto: wsh

**Beim diesjährigen internationalen Workcamp der Friedenswerkstatt Mutlangen hätte die Motivation der Teilnehmenden für die doppelte Menge an Aktionen, Workshops und Arbeit gereicht. „If you never forget your roots, you can also respect those of others – We are citizens of the world“. Dieser Liedtext der italienischen Gruppe „Sud Soundsystem“ gibt die Einstellung und Stimmung in dem Workcamp treffend wieder: die eigenen Wurzeln achten, andere respektieren und sich als Weltbürger fühlen.**

„Unterschreiben Sie für Frieden bitte“ tönnten die vier japanischen TeilnehmerInnen des Workcamps mit starkem Akzent im Chor. Gemeinsam sammelten die TeilnehmerInnen im Alter von 18 bis 24 Jahren am Antikriegstag in Aalen

Unterschriften für die Aktion Völkerrecht. Die Aktion war für die 15 TeilnehmerInnen und die 2 TeamerInnen aus Japan, der Ukraine, Frankreich, Schweiz, Italien, Deutschland, Polen und der Türkei ein Highlight während der zwei Wochen, an denen „jeder Tag etwas ganz besonderes war“, so Nilpar aus der Türkei. Auch viele unbeteiligte Passanten unterschrieben, nachdem sie von den Jugendlichen angesprochen wurden – einige nicht zuletzt, weil die Gruppe so eine „positive Ausstrahlung“ habe. Und tatsächlich war es bewegend zu sehen, wie in der bunt zusammengewürfelten Gruppe von „Fremden“ bald eine freundschaftliche Dynamik entstand, die von wirklichem Interesse und Respekt getragen wurde.

Wie jedes Jahr arbeiteten die TeilnehmerInnen des über „Youth Action for Peace - Christlicher Friedensdienst“ organisierten Workcamps halbtags für die Pressehütte; der Rest des Tages war ausgefüllt mit Workshops, Ausflügen, Feiern und Aktionen. Während des gemeinsamen Schwitzens bei der Gartenarbeit, bei Diskussionen zu Themen wie Gewalt und Gewaltfreiheit, Atomwaffen, Kulturen und Ökologie und auf den gemeinsamen Touren nach Stuttgart zur Mutlangen-Ausstellung im Haus der Geschichte, auf das „Fildercamp“ gegen die Fildermesse, und nach Büchel zur Umrundung des Atomwaffenlagers konnten viele Vorurteile unter den TeilnehmerInnen abgebaut werden. Gleichzeitig entführte die Küchen-Gruppe des jeweiligen Tages die TeilnehmerInnen trotz des knappen Geldes mit opulenten Mahlzeiten in die verschiedenen kulinarischen Kulturen. All diese Elemente und viele kleine Gesten der Teilnehmenden untereinander trugen dazu bei, „Frieden auf der grundlegenden Ebene zu praktizieren: dem jugendlichen Miteinander, was Voraussetzung für die internationale Verständigung auf politischer Ebene sein kann“, so resümieren Yana aus der Ukraine und Helen aus Deutschland. ●

Workcamp in Aalen zum Antikriegstag, Foto: wsh



# In Ellwangen folgte dem Etat der Eklat

## Unerwartete Ablehnung verzögerte Beitritt zu Mayors for Peace

Nicht ohne Hindernisse verlief im ostwürttembergischen Ellwangen der Beitritt zu Mayors for Peace. Regelmäßig samstags um 11.00 Uhr trifft sich dort die „Mahnwache für den Frieden“. Anfang Januar 2004 überbrachte eine Delegation der Mahnwache dem Ellwanger Oberbürgermeister Hilsenbek das Schreiben von Hiroshimas Bürgermeister Akiba mit der Bitte zum Beitritt Ellwangens zur Organisation „Bürgermeister für Frieden“.

OB Hilsenbek erklärte, er halte es „für richtig und nötig, dass man sich gegen die atomare Wiederaufrüstung wehrt“ und sagte zu, das Anliegen in den Gemeinderat einzubringen. Die Ellwanger FriedensfreundInnen waren schwer enttäuscht, als der Beitrittsantrag zu den „Mayors for Peace“ im Anschluß an die Haushaltsberatungen von der CDU-Mehrheitsfraktion in der Gemeinderatssitzung am 11. März „wortlos abgeschmettert“ wurde; nach der Abstimmung meinte ein CDU-Stadtrat lediglich: „Eine Stadt sollte sich grundsätzlich aus derlei Dingen heraushalten.“

Dieser Auffassung widersprachen die Mahnwachenmitglieder in Leserbriefen, u.a. mit dem Argument: Der Beitritt zu „Mayors for Peace“ soll ein Zeichen dafür sein, dass die Verbreitung und Verwendung von Atomwaffen verabscheuungswürdig ist und Bürgermeister aus aller Welt dazu beitragen wollen, anderen Städten und Regionen das Schicksal der Städte Hiroshima und Nagasaki zu ersparen. Die CDU-Gemeinderatsfraktion wurde aufgefordert, ihre Entscheidung zu überdenken. In einem Pressegespräch untermauerte die Mahnwache ihr Begehren mit den Worten: „In einer Zeit zunehmender Terrorattacken und des schrecklichen Chaos gibt es nur eine Möglichkeit, die Menschen vor der nuklearen Bedrohung zu schützen: Alle Kernwaffen, überall auf der Welt, müssen aufgespürt und zerstört werden. Insofern wäre es eine Notwendigkeit, dass sowohl ChristInnen als auch DemokratInnen für die Abschaffung von Atomwaffen eintreten.“ Gleichzeitig wurde den Stadträten ein Papier übergeben, in dem die Rolle der Bürgermeister im Vorbereitungsprozess der Überprüfungskonferenz 2005 zum Stand des Vertrages zur Nichtverbreitung nuklearer Waffen beschrieben ist.

In der darauf folgenden Gemeinderatssitzung geschah das Wunderbare: Unter der Schlagzeile „CDU springt doch über ihren Schatten“ berichtete die Lokalzeitung am



OB Leidig eröffnet am Hiroshimatag in der Stadtbücherei Schwäbisch Gmünd mit den Bausteinen von den Bürgermeistern aus Ellwangen und den anderen Friedensbürgermeistern aus dem Ost-Alb-Kreis ein Teilstück für den symbolischen Schutzwall für das Völkerrecht.

Foto: Presse- und Informationsamt Schwäbisch Gmünd

2. April, dass „in einem bislang einmaligen Vorgang“ die CDU-Mehrheitsfraktion ihre Meinung geändert hat und die Stadt Ellwangen „per sofortigem Gemeinderatsbeschluss doch noch dem weltweiten Friedensbündnis Mayors for Peace beigetreten ist!“

### Mayors for Peace – Friedenslauf am 13. 11.2004 in Ellwangen

Ein Organisationskomitee aus Mitgliedern der evangelischen und katholischen Kirchengemeinden lädt unter der Ägide des Ellwanger Oberbürgermeisters Karl Hilsenbek die mittlerweile 22 Bürgermeister für den Frieden im Ostalbkreis, aber auch alle Gruppen und Vereine sowie HobbysportlerInnen zu einem Friedenslauf nach Ellwangen ein. Der Ellwanger OB ist selbst ein passionierter Langläufer und wird als neuer „Mayor for Peace“ mitlaufen. Die Laufzeit beträgt eine Stunde im lockeren Dauerlauf oder alternativ als Walking und beginnt am Samstag, 13. November 2004 um 10 Uhr in der Ellwanger Fußgängerzone mit einer Begrüßungsansprache. Die Veranstaltung ist im Rahmen der diesjährigen ökumenischen Friedensdekade (vom 7. bis 17. 11.) als ein öffentliches Zeichen für das Friedensbündnis „Mayors for Peace“ gedacht.

Informationen über organisatorische Details und Anmeldungen bei:  
Frau Karin Böhme  
Telefon 07961/3330 bzw.  
karin.boehme@gmx.de

Gerhard Schneider ●



Dieses Blumensymbol (Radura) kennzeichnet in den USA radioaktiv bestrahlte Lebensmittel. Da die Atomindustrie die Verpflichtung zur Kennzeichnung nicht verhindern konnte, täuscht sie die Konsumenten mit diesem freundlichem Symbol.

### Symbol Sonnenblume

Auf einer ehemaligen sowjetischen Raketenbasis kamen 1996 die Verteidigungsminister der Ukraine, Russlands und der USA zusammen, um zu feiern, dass die Ukraine ein atomwaffenfreier Staat wird. In der Ukraine waren über 1900 strategische Atomsprengköpfe gelagert gewesen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden diese auf Grund eines Abkommens zwischen den drei Staaten nach Russland zur Abrüstung überführt.

Bei dem Treffen auf der Perwomaisk Basis, auf der einst 80 unterirdisch verbunkerte SS-19 Interkontinentalraketen stationiert waren, verstreuten die drei Verteidigungsminister Sonnenblumenkerne und pflanzten Sonnenblumen. Bei dieser Gelegenheit sagte US-Verteidigungsminister William Perry: „Wenn Sonnenblumen statt Raketen in der Erde wurzeln, dann sichert dies den Frieden für zukünftige Generationen“

Die vollständige Abrüstung des drittgrößten Atomwaffenstaates der Welt war ein Moment der Hoffnung. Wenn die Ukraine ihrer Verpflichtung zur vollständigen nuklearen Abrüstung nachkommen konnte, warum nicht auch die anderen Atomwaffenstaaten? „Sonnenblumen statt Raketen“ machen ebenso viel Sinn für die USA und Russland, China, Frankreich, das Vereinigte Königreich.

Als die Ukraine ihre Atomwaffen aufgab, rief deren Präsident Leonid Kuchma auf: „alles zu tun, so bald wie möglich alle Atomwaffen von der Erde verschwinden zu lassen.“ Dieser gute Rat fiel bei den USA und den anderen Atomwaffenstaaten bisher auf taube Ohren.



Die Sonnenblume ist ein Symbol der Hoffnung und des Lebens. Sie hat eine natürliche Schönheit, ist nahrhaft und nützlich. Sonnenblumen stehen im starken Kontrast zu den von Menschen geschaffenen Atomraketen, den allerschlimmsten Massenmordinstrumenten, die je von Menschen geschaffen wurden. Deswegen ist sie das Zeichen von Abolition 2000, des weltweiten Zusammenschlusses der Atomwaffengegner. Sonnenblumen sollen bis 2020 auf der ganzen Welt blühen.

Nach einem Beitrag von David Krieger im Rundbrief „Sunflower“ der Nuclear Age Peace Foundation, Kalifornien; Überarbeitung wsh ●

## Impressum

FreiRaum.  
Für eine Welt ohne Atomwaffen.  
Für die friedliche Nutzung des  
Weltraums.

Erscheint vierteljährlich  
mit Informationen aus

- der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen zu Atomwaffen und Uranwaffen,
- dem Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space and
- der Pressehütte Mutlangen zu Weltraumwaffen

Auflage: 2000

Herausgeber:  
Gewaltfreie Aktion  
Atomwaffen Abschaffen GAAA  
Hausmannstrasse 6  
70188 Stuttgart  
Tel. 07 11 - 21 55 112  
Fax 07 11 - 21 55 214  
Internationales  
Marion Kúpker  
Bürozeiten:  
Wochentags 10.00 - 13.00 Uhr  
Tel. 040 - 430 73 32

und der  
Pressehütte Mutlangen  
Friedens- und Begegnungsstätte  
Mutlangen e.V.  
Forststraße 3  
73557 Mutlangen  
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1  
www.pressehuette.de  
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 2.00 plus Porto  
Jahresabonnement:  
Euro 8.00 einschließlich Porto

Für Mitglieder der Friedens- und  
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und  
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
ist der Bezug im Mitglieds-  
beitrag enthalten.

Bankverbindung:  
nur für Abo-Gebühren:

Friedens- und Begegnungsstätte –  
FreiRaum  
Raiffeisenbank Mutlangen  
BLZ 613 619 75, Konto: 55628010

für steuerabzugsfähige Spenden:  
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
KreisSparkasse Ostalb  
BLZ 614 500 50, Konto: 800268499  
Stichwort: Spende FreiRaum

Redaktion:  
Roland Blach (rob)  
Tel. 07 11 - 21 55 112  
e-Mail: gaaa@paritaet-bw.de  
Marion Kúpker (mk)  
Tel. 040 - 430 73 32  
e-Mail: marion@motherearth.org  
V.i.S.d.P  
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh),  
Tel. 0 71 71 - 18 20 57  
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete  
Beiträge geben nicht unbedingt  
die Meinung der Redaktion wieder.  
Layout/Satz: db  
Druck: GUS-Druck GmbH  
70180 Stuttgart,  
Tel. 07 11 - 60 03 45

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.  
Forststr. 3, 73557 Mutlangen  
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

## Termine:

### 1.-3. Oktober

Stuttgart: Jahrestagung „Ein anders Europa ist möglich“ des Trägerkreis „Atomwaffenabschaffen - Bei uns anfangen“ im Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Stg-Innenstadt), Ökum. Zentrum (Stg-Vaihingen) und Manifestation am EUROM, Programm: [www.atomwaffenfrei.de/inhalt/jahrestagung.pdf](http://www.atomwaffenfrei.de/inhalt/jahrestagung.pdf)

Kontakt: Trägerkreis „Atomwaffenabschaffen - Bei uns anfangen“ c/o IPPNW, Xanthe Hall, Körtestr. 10, 10967 Berlin, Tel.: 030/698074-0, Fax: 030/6938166,

[traegerkreis@gmx.de](mailto:traegerkreis@gmx.de), [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)

### 12. Oktober

Rajasthan (Indien): Verleihung des Nuclear Free Future Awards 2004 „Atomfrei denken“, u.a. für Prof. Durakovic siehe S. 10 Artikel zu DU in dieser FreiRaum Ausgabe.

Kontakt: Nuclear-Free Future Award, Claus Biegert, Schellingstr. 24 Rgb, 80799 München, Tel.: 089/28659714, Fax: 089/28659715,

[cb@nuclear-free.com](mailto:cb@nuclear-free.com), [www.nuclear-free.com](http://www.nuclear-free.com)

### 14.-17. Oktober

London (GB): 3rd European Social Forum (3. Europäisches Sozialforum), (Arbeitstitel: „Ein anderes Europa in einer anderen Welt“), die meisten Veranstaltungen finden im Alexandra Palace statt, (Nordlondon), weitere Veranstaltung im Stadtteil Bloomsbury (Central London), Infos: [www.fse-esf.org/de/index\\_de.html](http://www.fse-esf.org/de/index_de.html), [www.attac.de/esf2004/](http://www.attac.de/esf2004/), Anmeldung in D: [www.dsf-gsf.org](http://www.dsf-gsf.org), Tel.: 069/900281-10 (attac)

Kontakt: Association pour le Forum social européen 2003, Adresse Postale: Boîte Postale 6594 - 75065 Paris cedex 02, Fax: +33/1/44 55 38 55,

[inforum@fse-esf.org](mailto:inforum@fse-esf.org), [www.fse-esf.org](http://www.fse-esf.org)

### 26. Oktober

Hannover: Informationen zur Aktion „Atomwaffen abschaffen“, 19 Uhr, Haus der Jugend, Maschstr. 24, VA: Friedensbüro Hannover, Friedenspolitischer Arbeitskreis

Kontakt: Friedensbüro Hannover, Maschstr. 24, 30169 Hannover, Tel.: 0511/883232,

[www.nananet.de/friedensbuero](http://www.nananet.de/friedensbuero)

### 3.-26. November

Nürnberg: Ausstellung „Macht den Himmel nicht zur Hölle!“ - Atomwaffen abschaffen, bei uns anfangen!, eckstein, Foyer, Burgstr. 1-3, VA: NEFF

Kontakt: Ev.Forum für den Frieden (NEFF), Hans-Günter Schramm, Burgstr. 1-3, 90403 Nürnberg, Tel.: 0911/214-2152, Fax: 0911/214-2153.

[neff-cfb@eckstein-evangelisch.de](mailto:neff-cfb@eckstein-evangelisch.de),

[www.neff-netzwerk.de](http://www.neff-netzwerk.de)

### 5.-7. November

Fronhausen: GAAA-Jahrestagung (Faltblatt anbei)

[www.gaaa.org](http://www.gaaa.org)

### 13. November

Ellwangen: Friedenslauf „Bürgermeister für den Frieden“ im Anschluß an die Mahnwache am Fuchseck, ca. 10.20 Uhr, Start: Brunnen am Fuchseck (Kreuzung Spitalstr./Marienstr.) - Nachdem eine Vielzahl von Bürger- & Oberbürgermeistern des Ostalbkreises dem Bündnis „Mayors for Peace“ beigetreten sind, lag ein Friedenslauf auf der Hand. OB Hilsenbek hat diese Anregung aufgenommen und lädt zu dem Friedenslauf ein., VA: Friedenskreis der Ev. Kirchengemeinde Ellwangen

Kontakt: Ev. Pfarramt III Ellwangen, Kaplan-Renz-Weg 4/1, 73479 Ellwangen, Tel.: 07961/561447,

[pfarramt3@kirche-ellwangen.de](mailto:pfarramt3@kirche-ellwangen.de)

## „...auf keinem Auge blind! Atomwaffenfrei bis 2020“

Bestellen Sie Materialien zur aktuellen Kampagne des Trägerkreis „Atomwaffen abschaffen“:

- Info-Flyer zur Kampagne „...auf keinem Auge blind! Atomwaffenfrei bis 2020“
- Aktionspaket für Friedensgruppen mit Infos zur Kampagne, Aktionsideen wie „Aktion Völkerrecht“ und „Mal Dir den Frieden“, Materialien über die aktuelle Situation von Atomwaffen etc.
- Persönlicher Brief an IhreN BürgermeisterIn vom Bürgermeister Hiroshimas: Überreichen Sie Ihrem/r BürgermeisterIn einen solchen Brief, um ihn/Sie anzuregen, sich den Bürgermeistern für den Frieden anzuschließen.
- Informations-Paket für Bürgermeister: Grundlegende Informationen über das Netzwerk „Bürgermeister für den Frieden“ und seine Dringlichkeitskampagne „2020 Vision“ (auch zum Herunterladen unter [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)).
- DVD mit Filmen über die „Bürgermeister für den

Frieden“ in 2, 5 und 40 min Länge, auf Englisch, und bald auch auf Deutsch, Preis auf Anfrage.

- Dossier „Atomwaffenfrei bis 2020“ der Zeitschrift „Wissenschaft und Frieden“: Hintergrundinformationen zum Thema Atomwaffen und Nuklearpolitik (2 /Stck.)
- Infomaterial bzw. ein „Starter-Kit“ der „Aktion Völkerrecht“ und ihrem internationalen Schutzwall für das Völkerrecht (auch direkt bei [www.a-vr.de](http://www.a-vr.de))
- Flyer zur Aktion „Mal Dir den Frieden“, in der Gruppen Tücher mit Friedensvisionen gestalten, die dann den Delegierten bei der Atomwaffenkonferenz in New York präsentiert werden sollen.
- Flyer über die Aktions- und Studienreise für Jugendliche nach New York zur Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrags im Mai 2005

Weitere Infos finden Sie unter [www.atomwaffenfrei.de](http://www.atomwaffenfrei.de)

Bestellungen an die GAAA oder an die Pressehütte, Adressen siehe Impressum.